

Wochenlohn 88 Pf., monatlich 3,60 M., im voraus zahlbar. Halbjahres 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Auslandsubskriptionen 6.- M. pro Monat; für Kinder mit ermäßigtem Drucklohn 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Zeit und Zeit“ ferner „Freuenstimme“, „Tagebuch“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einpalt. Kopiergebühr 60 Pf. Restsumme 5.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. zufällig zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Teil. Stellengelände das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Vindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Vindenstr. 3, Dt. V. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Spanien Republik!

Alfons' Abdankung. — Republikanische Regierung. — Rote Fahnen über Madrid.

Madrid, 14. April. (Eigenbericht.) (6 Uhr abends.)
König Alfons von Spanien hat am Dienstag auf den Thron verzichtet und eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Der Verzicht wurde zugleich im Namen der gesamten Königsfamilie ausgesprochen. Er erfolgte unter der Zusage eines ehrenvollen Geleits bis zur Grenze und der Zusicherung, daß die königliche Familie ihr Privatvermögen liquidieren kann.

Dem Thronverzicht gingen zahlreiche Besprechungen des Königs mit führenden Persönlichkeiten voraus. Am Dienstag hatte der König eine Unterredung mit Ministerpräsident Aznar, in deren Verlauf Aznar nicht, wie allgemein erwartet wurde, die Demission des Kabinetts unterbreitete, sondern dem König empfahl, zunächst die Führer der konstitutionalistischen, d. h. der für eine verfassungsgebende Nationalversammlung einsetzenden Elemente, um ihren Rat zu fragen. Anschließend empfing König Alfons die Mitglieder des Kabinetts, und zwar jeweils zwei Minister allein. Als sie später das königliche Palais verließen, beschränkten sie sich auf die Erklärung, daß sie dem König ihre persönliche Ansicht über die Lage auseinandergesetzt hätten.

Am Nachmittag ließ der König die Führer der konstitutionalistischen Bergamin, Villanueva und Sanchez Guerra zu sich bitten. Sie sollen dem König erklärt haben, daß sie die Regierung nicht übernehmen könnten. Daraufhin soll König Alfons, der bis dahin immer noch gehofft hatte, durch Erziehung einer verfassungsmäßigen Monarchie den Thron zu retten, den Entschluß zur Abdankung gefaßt haben. Nicht zuletzt haben Nachrichten aus der Provinz, nach denen in Barcelona, Saragossa, Cordoba, San Sebastian, Huelva, Vigo, Leon und vielen anderen kleineren Städten bereits die Republik ausgerufen worden ist, zu dem Entschluß des Königs beigetragen.

Die erste Regierung der Republik.

Madrid, 14. April. (Eigenbericht.)

Das letzte königliche Kabinett Aznar hat am Dienstagnachmittag nach der Abdankung des Königs einer republikanischen Regierung Platz gemacht, die sich wie folgt zusammensetzt:

- Ministerpräsident Alcalazamora.
- Außenminister Ferron.
- Kriegsminister Azana.
- Marineminister Cajares Quiroga.
- Finanzminister Prieto.
- Innenminister Miguel Maura.
- Arbeitsminister Caballero.
- Wirtschaftsminister Martinez Barrios.
- Unterrichtsminister Fernando de los Rios.
- Minister für öffentliche Arbeiten Marcellino Domingo.

Unterstaatssekretäre sind beim Ministerpräsidium Raffael Sanchez Guerra, beim Justizministerium Manuelle Ossorio Gallardo, beim Ministerium für öffentliche Arbeiten Gordon Ordaz.

Zum Zivilgouverneur von Madrid ist ernannt worden Eduardo Ortega y Gasset, zum Bürgermeister von Madrid der Sozialist Sabarit.

Der Finanzminister der provisorischen Regierung Indalecio Prieto und eine gewisse Anzahl spanischer Persönlichkeiten, die sich bisher in Paris im Exil aufhielten, reisen heute abend nach Madrid ab. Sämtliche in Frankreich im Exil lebende Persönlichkeiten sind aufgefordert worden, nach Spanien zurückzukehren.

Der 14. April 1931 ist zu einem historischen Tag der europäischen Geschichte geworden. Eine 1500jährige Dynastie hat aufgehört zu bestehen. Ein Volk, durch die Jahrhundert hindurch in seiner geistigen und politischen Aufwärtsbewegung niedergehalten, hat sich vom Joch der Monarchie befreit. Die Ruhmnießer und Schildhalter dieses Regimes, der Hochadel, die Militärmacht und der hohe Klerus, sind einem friedlichen Aufstand der Volksmassen unterlegen.

Der Umsturz in Spanien ist eine typisch demokratische Revolution. Mit der Waffe des Stimmentzels hat das Volk die Monarchie besiegt. Hätte der König weiter mit Hilfe der Diktatur zu regieren versucht, dann wäre das

Endergebnis das gleiche gewesen: das erbitterte Volk würde die Republik im revolutionären Kampf erzwungen haben. Ob er und seine Familie auch dann mit Ehre geleitet und zugesichertem Privatvermögen nach dem Ausland hätten reisen können, ist allerdings sehr zweifelhaft. So ist diese unblutige Form der Revolution für beide Teile nur von Vorteil gewesen.

Die spanische Arbeiterschaft, die die einzige wirkliche Massenorganisation im Lande darstellt, hat an dieser siegreichen Entwicklung den entscheidenden Anteil genommen. Ihre Führer sind sich aber dessen bewußt, daß die republikanische Staatsform keineswegs das Endziel des modernen Proletariats ist. Aber sie wissen, genau wie die sozialistischen Arbeiter in Deutschland, daß der soziale Volksstaat nur auf dem Boden der Republik errungen werden kann. Das gilt besonders für ein Land, das eine konstitutionelle Monarchie eigentlich nie gekannt hat.

Um die Monarchie zu beseitigen, mußten die Sozialisten mit den bürgerlichen Republikanern in eine Wahlkoalition eingehen. Um die neue Republik zu behaupten und sozial auszubauen, werden sie auch in der nächsten Zukunft mit diesen gegenwärtigen Bundesgenossen zusammenarbeiten müssen. Das wird ihnen um so leichter sein, als es in

Spanien Kommunisten kaum gibt. Dieser Umstand allein vermindert schon die Chancen einer monarchistischen Gegenrevolution, denn gäbe es in Spanien Kommunisten in nennenswerter Zahl, dann würden sie sich selbstverständlich, wie überall in der Welt, als Schrittmacher der Reaktion betätigen.

Schon einmal vor mehr als 50 Jahren war Spanien Republik, aber nur während eines Jahres. Damals aber konnte die Dynastie der Habsburg-Bourbon wieder siegen, weil es einerseits keine organisierte Arbeiterklasse gab, und weil andererseits der monarchistische Gedanke in der Welt mit Ausnahme Frankreichs und der Vereinigten Staaten in den meisten Ländern unerschüttert war. Heute ist es umgekehrt, heute verschwindet eine Monarchie nach der anderen, von den großen Ländern sind nur noch Großbritannien und Italien Königreiche. Großbritannien, weil seine Herrscher schon lange verstanden haben, nur noch ein Schattendasein zu führen und dem Volke die volle Ausübung seiner demokratischen Rechte zu gewähren (ebenso wie in Skandinavien, Belgien und Holland). Was Italien betrifft, so dürfte dem König Victor Emanuel seit heute über zumute sein denn je.

(Weiteres siehe 3. Seite.)

Was wird aus Preußen?

Otto Braun und Fritz Tarnow rufen zum Kampf!

Zu der Kundgebung für das republikanische Preußen im Sportpalast strömten schon über eine Stunde vor Beginn unaufhaltsam die Massen der Besucher hin. Tausende von Versammlungsbefuchern mußten abgewiesen werden, weil keine Karten mehr vorhanden waren.

Im Vorraum des Sportpalastes boten die unzähligen Fahnen der Arbeiterpartei, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Parteibteilungen ein farbenfrohes Bild. Der Innenraum des Sportpalastes war bis zum letzten Platz der obersten Ränge voll besetzt. Geduldig harrten die Massen auf den Beginn der Kundgebung. Als Otto Braun kurz vor 1/8 Uhr den Rednerpult betritt und zur Rednertribüne schreitet, wird er durch stürmische Ovationen begrüßt. Pünktlich um 1/8 Uhr beginnt der Einmarsch der Fahnengruppen, der wiederum begeisterten Beifall auslöst.

Die Kundgebung wird eingeleitet durch die Kapelle der Freien Turnerschaft und durch die Musiker des Reichsbanners Treptow, die den Sozialistenmarsch intonieren.

Franz Künster

eröffnet sodann die Kundgebung mit folgenden Ausführungen:
Die schwarzweißrote Reaktion um Hugenberg im Bunde mit Hitler hat ein Volksbegehren organisiert, das die Auflösung des Preussischen Landtags fordert. In Wort und Schrift wird die „Mißwirtschaft in Rotpreußen“, wie sich die Gegner der Republik auszudrücken belieben, aufgezeigt.

Wir Sozialdemokraten danken dem Steuermann des preussischen Staatsschiffes, Otto Braun, von ganzem Herzen

(bei diesen Worten erhebt sich erneut tosender Beifall), daß Preußen kein Fritz-Thüringen, kein Braunschweig eines Franzosen geworden ist. Wir erklären weiter, daß trotz Volksbegehren das Ziel der Reaktion in Preußen niemals erreicht werden wird.

Am 14. September zählten in Berlin Deutschnationale und Nationalsozialisten zusammen 747 002 Stimmen. Gestern, am 6. Tag der Eintragungsfrist, waren es insgesamt 1 288 588 Personen, die dem Ruf ihrer Parteien gefolgt waren. Es gehört keine allzu große Prophetengabe dazu, wenn man heute schon erklären kann, daß 50 Proz. der nationalsozialistischen und deutschnationalen Wähler dem Ruf der Hugenberg und Hitler zum Volksbegehren nicht folgen werden.

Preußen war und bleibt das Bollwerk der deutschen Republik.

In der Hugenberg-Presse für kleine Leute war neulich zu lesen: „Die Anklage geht dahin, daß die preussische Regierung wesentlich dazu beigetragen hat, den Glauben und das Vertrauen in die unparteiische Staatsautorität zu erschüttern, daß sie in mißverständlicher Demokratie eine knappe zahlenmäßige Mehrheit zur Parteidiktatur statt zur überparteilichen Staatsführung sucht.“

Diese Anklagen erfolgen zu Unrecht. Wir werden dafür Sorge zu tragen haben, daß aus der knappen zahlenmäßigen Mehrheit im gegenwärtigen Landtag eine

große Mehrheit im kommenden Landtag

wird. Doch die Entscheidung wird nicht gefällt bei dem schwarzweißroten Volksbegehren, sondern vom gesamten preussischen Volk am Tage der Neuwahl. Die politische Rolle derer um Oldenburg-Januschow ist in Preußen für immer ausgespielt. Im schweren Wahlkampf standen im vergangenen Jahr Partei und

Die Wahlen im Rathaus.

Dr. Sahm Oberbürgermeister von Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte gestern mit 110 Stimmen den ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Dr. Sahm zum Oberbürgermeister der Reichshauptstadt. Die absolute Stimmenmehrheit betrug 105 Stimmen, so daß der Oberbürgermeister bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde.

Im Anschluß an die Oberbürgermeisterwahl fand die Wahl der beiden Bürgermeister und des Stadtkämmerers statt. Hierbei erhielten der bisherige stellvertretende Stadtkämmerer Friedrich Lange 106 Stimmen, der bisherige Vizepräsident des Deutschen Städtetages Dr. Elias 112 Stimmen. Beide sind damit zu Bürgermeistern gewählt. Der bisherige Stadtkämmerer von Frankfurt a. M., Bruno Asch, erhielt 101 Stimmen als Kämmerer von Berlin.

Zu Beginn der Sitzung hatten die Deutschnationalen noch einmal versucht, die Wahl um zwei Tage zu verschleppen. Da die hinter den Kandidaten stehenden Delegationen fast vollständig erschienen waren, mißlang dieser Versuch. Bei der anschließenden Wahl der unbesetzten Magistratsmitglieder wurden u. a. die Sozialdemokraten Ahrens und Ortman gewählt.

(Weitere Meldungen an anderer Stelle dieses Blattes.)

Gewerkschaften Schuler an Schuler. Diese Kampf-gemeinschaft besteht auch heute noch. Darum wird unser Genosse Fried Tarnow neben Otto Braun das Wort ergreifen und erneut die Geschlossenheit von Partei und Gewerkschaften be-funden.

In den begeistertsten Beifall nach der Rede Künstlers mischte sich sofort ein neuer Begrüßungssturm, als nun

Otto Braun

an das Rednerpult trat. Der preußische Ministerpräsident führte etwa aus:

„Vor zwei Wochen hat hier im Sportpalast eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei als Auftakt zum Volksbegehren stattgefunden, in der Herr von Oldenburg-Januschewski erklärte, daß Preußen zweimal am Rande des Abgrunds gestanden habe, im Siebenjährigen Kriege und vor den Freiheitskriegen. Er vergaß, daß zum dritten Male Preußen nach dem Weltkrieg am Rande des tiefsten Abgrunds stand. Die Herren, die vor dem Kriege das Heft in der Hand hatten, wollen nicht gern daran erinnert werden, daß ihre Politik zum Zusammenbruch von 1918 führte. Aber es ist notwendig, die heranwachsende Generation, die den Krieg nicht mehr wie wir Alten miterlebte, auf die Zusammenhänge aufmerksam zu machen.“

Damals liefen die Herrschenden, die sich bis zum Schluß an die Macht geklammert hatten, rot- und hilflos davon. Während des Krieges noch waren sie nicht zu bewegen, das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu geben und die Homogenität der konservativen Verwaltung an-tasten zu lassen.

Nach ihrem hilflosen Davonlaufen übernahm die sozialdemo-kratistische Arbeiterschaft die Sorge dafür, daß das Reich nicht verfiel und Preußen nicht in den Abgrund glitt.

Aber je mehr die Furcht der alten Machthaber nachließ, um so größer wurden wieder ihre Unersfrohheit und Frechheit. (Sehr richtig!) Sie haben entweder nichts aus der Geschichte ge-lernt oder sie sind unehrlich. Alle Not, alle Sorgen, die den einzelnen mit Recht bedrücken, fallen nach ihrer Darstellung auf das Schuldbonus der Republik, und die Opposition gewahrt nicht zurecht durch die politische Unreife weiter bürgerlicher Kreise. Nur im Vertrauen auf diese Unreife konnte der Stahlhelm beispielsweise in Ostpreußen sein Volksbegehren mit handgreif-lichstem Schwindel beginnen. Ein von einem Grafen von Eulenburg unterzeichneter Aufruf spricht von „Zwölf Jahren roter Parliamentsmehrheit in Preußen“. Das ist eine glatte Lüge. Es gab nie eine rote Mehrheit in Preußen. Selbst in der Landesversammlung von 1919 standen 168 Sozialdemo-kraten 233 Bürgerlichen gegenüber.

In der Regierung war niemals eine sozialdemokratische Mehr-heit. Von acht Ministern waren zwei und sind heute drei Sozialdemokraten.

Am 7. Februar hat die „Kreuz-Zeitung“ die Sozialdemokratie ver-dächtigt, daß sie durch einen Staatsstreich ihre Macht diktatorisch befestigen wolle. Das ist die Methode derer, die den andern in dem Busch suchen, hinter dem sie selber hocken. Wir verkünden unsere Ziele ehrlich, sehen aber ein, daß jene Kreise bei einem gleichen Verfahren wenig Vertrauen auf die Werbekraft ihrer Programme haben können. (Lebhafte Beifall.) In einem Aufruf des Berliner Stahlhelms an die zahlungsfähigen Kapitalisten wird die

Zahlung als Gegenleistung für die Hilfe verlangt.

die dem Kapital bei den vom Reichsbannergeneral Hörning vor-bereiteten Unruhen geleistet würde. Hier trifft doch schon der Strafgesetzbuchparagraph zu, der da sagt: „Wer in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu ver-schaffen, das Vermögen eines andern durch Verpiegelung fal-scher Tatsachen beschädigt, wird bestraft.“ (Anhaltende, heitere Zustimmung.) Aber die Ebbe in der Stahlhelm-kasse ist vielleicht deshalb so groß, weil die um Hilfe ersuchten Kapitalisten schon zuviel an die Nazis bezahlt haben. Um doch noch Geld zu bekommen, greift man zu solchen Mitteln. Weiter wird unter dem

Schlagwort „Kampf dem Marxismus“

soviel Unfug verbreitet, daß man sich über jeden wundern muß, der noch darauf hereinfällt. Alles Unangenehme ist „marxistisch“. Hat der Marxismus im Kriege unendliche Werte vernichtet, hat der Marxismus uns mit zwei Milliarden inneren und zwei Milliarden äußeren Kriegslasten jährlich belegt? Hat der Marxismus die Unternehmertrübsal, die Konzerne und die aus den Gewerkschaften zusammengelegten Riesenbanken gegründet? Hat er durch falsche Rationalisierung die Wirtschaft gelähmt und die Menschen arbeitslos gemacht? Hätte der Marxismus rationalisiert, er hätte es zum Besten der Volksmassen getan. Heute, im kapitalistischen System, ist der Profit primär, das Wohl der Massen sekundär.

Merkt denn keiner die Abgespalttheit des Schwindels, wenn er heute in dem doch wahrlich unsozialistischen Nordamerika acht bis neun Millionen Menschen arbeitslos sieht?

Der Kapitalismus zeigste die Not, nicht weil nichts da ist, sondern weil Ueberfluß herrscht.

Unendliche Mengen Kaffeebohnen werden ins Meer geschüttet, während sich manches Mütterchen keine Tasse Kaffee leisten kann. Roggen wird verfüttert, während es an Brot fehlt, und die Schuld trägt der Mangel an Pflanzfähigkeit. Die Herabsetzung der Löhne und Gehälter soll die Lösung des Problems bringen. Ich glaube nicht daran. Sie wird den Lebensstandard herabdrücken, die Kaufkraft schwächen, die Arbeitslosigkeit ver-mehren. Aber Not und Verzweiflung, durch das kapitalistische System hervorgerufen, bilden den Boden für jene ver-lagene Demagogie, die das System von heute verantwor-tlich macht.

Wir sind eben jahrzehntelang regiert worden, und der Wandel, daß wir uns heute selbst regieren, ist noch nicht in das Bewußtsein aller eingedrungen. Staatsformen lassen sich eher umgestalten als Menschen. Auf die hungriigen Wägen spekuliert die Demagogie derer, die vor, im und nach dem Kriege verlagert haben. Durch den Wahlerfolg vom 14. September glaubten sie sich der Zeit nahe, da sie im vorhergehenden nebelhaften Dritten Reich wieder zur Macht kommen. Es kam anders, als sie hofften. Der geschichtliche Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es gelungen, zu verhindern, daß die Nationalsozialisten zu Einfluß kamen. Hiergegen hat sich Widerspruch in Parteikreisen erhoben, aber der Erfolg hat gelehrt:

Die Taktik des Ausweichens ist richtig, wenn man nicht stark genug ist, selbst entscheiden zu können.

(Lebhafte Beifall.) Demokratie ist Volksherrschaft, besagt aber nicht, daß sich die erwählten Abgeordneten und berufene Minister nachher gänzlich lassen. (Beifall.) Der Wähler muß zu den Gewählten Ver-trauen haben. (Anhaltende Zustimmung.) Meine Politik ist oft auf eine harte Probe innerhalb der Partei gestellt worden. Aber der Er-

folg zeigt, daß ich bisher richtig gehandelt habe. (Stürmischer Beifall.)

Als der Weg zur Macht den Nazis durch die Haltung unserer Reichstagsfraktion versperrt war, da sahen sie den Vorteil ihres Parlamentsmandates, in der Freiheit, zu verleumden und zu be-schimpfen. Als wir ihnen den

Freibrief zu gewissenloser Verleumdung

entzogen, da zogen sie, die wie die Gladiatoren in den Reichstag einmarschiert waren, wie die Gladiatoren wieder heraus. Ein Kind, das ein Spielzeug wegwerft und bodend aus dem Zimmer rennt, ist eine komische Figur und hat nur einen Vorherfolg. Denn wenn die anderen sich nicht stören lassen, wartet es an der Tür, ob es nicht wieder hereinzuschlüpfen kann. Wenn Lächerlichkeit tötet, dann mühten die Nationalsozialisten und ihr deutschnationales Anhängsel erledigt sein. Selbst ihr Versuch, mit dem Panzerkreuzer wieder ins Parlament hineinzusetzen, ist ihnen durch die Sozialdemokratie vereitelt worden. Das Sonderbarste aber ist, daß

die Weggeführten nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März den Reichstagspräsidenten ersuchen, den Reichstags, den sie doch als Quasibude verachten, zusammenzurufen.

Und wenn sie jetzt durch ihr Volksbegehren eine Neuwahl des Landtages drei oder vier Monate vor dem Ablauf der Legislaturperiode erreichten, wer bietet uns dann die Sicherheit, daß sie im neuen Landtag mitarbeiten? (Lebhafte Zustimmung.)

Dem Stahlhelm war es unangenehm, als ich ihm nachwies, daß er sich einst zur Republik bekannt hat. Er leug-nete es mit einem stolzen Artikel „Abfuhr für Braun“. Hier (Braun zeigt ein Flugblatt im Original) steht: „Wir stellen uns auf den Boden der Republik und unterstützen die Regierung mit allen Machtmitteln“. Dies ist ein Stahlhelmflugblatt vom Winter 1918! Heute sagt der Stahlhelm, damals habe es keine Republik gegeben, sondern nur ein Chaos. Dann hat sich der Stahlhelm eben auf den Boden des Chaos gestellt, das er auch jetzt wieder herbeiführen will. Wer lügt, meine Herren vom Stahlhelm, der muß ein gutes Gedächtnis haben! Der zweite Vorsitzende, Oberstleutnant Düsterberg, hat erklärt, daß er vom Parliamen-tarismus keine Besserung erhofft. Warum will er dann aber durchaus den Landtag neu wählen?

Rein, die Rechtsstreife fürchten eine Besserung unserer Ver-hältnisse. Und weil sie wissen, daß Lügen kurze Beine haben, und durch Irreführung niemals ein Dauererfolg erreicht wird, deshalb ihre Haft, den Landtag aufzulösen. Sie sagen, Preußen sei nicht preußisch. Kann denn Preußen noch preußischer sein, als wenn ich als alter Ostpreuße regiere? Rein,

sie wollen die Macht in der Verwaltung, in der Justiz, der Polizei und der Schule, damit wieder die Gefinnung des konser-vativen Parteibuches allein regiere.

oder, um Bismarck zu zitieren, jenes Rad, mit dem er regieren müsse und vor dem er den Fels nicht los werde. Das Volksbegehren ist ein Freiheitskampf, heißt es; es gibt nirgendwo sozial politische Freiheit wie in Preußen. Wenn die Stahlhelmer nicht Sklaven bleiben wollen, so mögen sie sich von der Sklaverei der Lüge und der Phrasen freimachen und die Freiheit der Anständigkeit erringen. Der Stahlhelm sagt: Unsere Geduld ist zu Ende. Ich ant-worte wie der Berliner: Plagt sie, denn plagt sie! (Heiterkeit.) Die Notverordnung hindert niemand im politischen Kampf, der anständig kämpft. Nur die Aufhebung zu Gewalt und Mord muß unterdrückt werden. Die Freidenker befürchten, daß auch ihr Kampf durch die Notverordnung unterdrückt werden könnte. Führen sie Ihren Kampf in geistigen Formen um weltanschauliche Fragen, dann brauchen sie keine Sorge zu haben. Darum bitte ich die Freidenker. (Lebhafte Beifall.) Gewiß ist bei Gesetzen und Verordnungen nicht der Wort-laut, sondern die Ausführung maßgebend. Ein Polizeimin-ister, der um einen Parteigenossen zu schützen, die Polizei eines anderen Landes belügt, ist für eine gute Ausführung nicht geeignet. Aber Fried-Thüringen, das der Vergangenheit an-gehört, und Braunschweig sind nicht ernsthaft gefährlich. Eine Gefahr aber liegt vor, wenn Preußen nach zwölf Jahren konti-nuierlicher Politik ein ähnliches Schicksal hätte. Man sagt mir, ich solle die Frik und Franzen, alle Andersdenkenden aus den Ämtern herauswerfen. Ich muß eine solche Politik ablehnen. Wer seinem Eide getreu arbeitet, wird von mir nicht im Stich gelassen werden, gleichgültig, welche politische Überzeugung er hat. Die Leitung Preußens kann sich sehen lassen. Auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich aber auf dem Gebiet der Landwirtschaft in der freilich die Osthilfeaktion von Preußen dahin geleitet wurde, daß nicht nur der ostpreußische Junker, sondern die Gesamtheit Ruhen hätte.

Sich ein bisschen über die große Liste der kleinen Vereine, wie Adelsgenossenschaft, monarchischer Deutscher Arbeiterbund und Königin-Luise-Bund zu unterhalten, wäre dergnüglich. Sonderbar aber ist es, daß Gruppen wie die Volkspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst sich beteiligen.

Man denkt an Kranke, die Gift nehmen, weil sie glauben, daß sie Jowieso sterben.

Oder hoffen sie auf eine nationalsozialistische Bluttransfusion zur Kräftigung? Man kann doch aber nur gesundes Blut übertragen. Die Kommunisten wieder rufen: „Hinweg mit Braun und Sepering“ und „Nieder mit dem Stahlhelm“. Was bleibt dann noch? Der bewährte Reitergeneral Teddy Thälmann an Stelle des alten Kavallerieoffiziers von Oldenburg!

Das Volksbegehren ist ein Vorpöstengesetz, die Kampf-entscheidung ist die Wahl zum Landtag. Dann wollen wir die ganze Kraft der republikanischen Volksmassen einsetzen gegen das alte Preußen des Dreiklassenwahlrechts, der konservativen Klein-herrschaft und der Entrechtung.

für das neue Preußen der Republik, der demokratischen Gleich-berechtigung und der sozialen Gerechtigkeit!

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als zweiter Redner nahm sodann

Fried Tarnow,

ebenfalls von Beifall stark begrüßt, das Wort. Er wies darauf hin, daß in der gleichen Stunde, wo das preußische Republikanertum im Kampfe gegen die faschistische Reaktion steht, in Spanien ein Sieg des Fortschritts und der Demokratie errungen worden sei. Dieser gewaltige Sieg der Republikaner und Sozialisten ist ein gutes Vorzeichen für Preußen, denn eine Diktatur-dämmerung scheint jetzt zu beginnen. Trotz seiner rückständigen Demokratie hat Spanien schon nach sieben Jahren Diktatur die Ueber-zeugung gewinnen müssen, daß die Gestalten der monarchischen und faschistischen Reaktion nicht in unsere Zeit gehören. Ich bringe den spanischen Arbeitern und Republikanern die Grüße der Berliner Ar-beiterschaft zu diesem großen Tag! (Zubeinander Beifall.)

Ein gleiches Ziel wie die spanische Reaktion verfolgen die preußi-schen Diktatoren Hitler und Hugenberg. Aus Spaniens Literatur ging einst der unsterbliche Don Quixotte hervor. Aber unsterblich scheint er nicht nur in der Literatur, sondern auch im poli-tischen Leben zu sein. Ebenso wie er sehnten sich die deutschen

Diktaturanhänger nach einer idealisierten Vergangenheit. Sie maßen sich einen Drachekampf in der Phantasie aus, den sie als Ritter von der traurigen Gestalt bestehen wollen. Ihre Phantasie hat ihnen den Drachen Marxismus vorgezaubert, dessen finstere Höhle das republikanische Preußen ist. Der gewalttätige Riese, der diese Höhle bewacht, ist unser Genosse Otto Braun (stürmische Heiterkeit). Er trägt zwar nicht den wilden Haarschopf der Urwelt-riesen, aber was ihm an den fehlt, trägt er innen im Kopf.

Die heutigen Drachentöter unterscheiden sich nur in einem von dem edlen Don Quixotte: sie sind

keine reinen Toren und keine idealistischen Romantiker.

Sie tun zwar, als kämpften sie für hohe Ideale. „Zur Rettung der deutschen Kultur vor dem Marxismus“, ruft heute der „Lokal-Anzeiger“ im Leitartikel auf. Diese „Kultur“ im Stahlhelm und die Kultur der „rauen Kämpfer“ Hüvers ist uns nur allzu gut bekannt. Vor ihr wird sich das deutsche Volk zu bewahren wissen, wenn es seine wirkliche Kulturhöhe behalten will. Am besten gekennzeichnet wird diese Art Kultur durch einen Bittelbrief der Arbeitsgemeinschaft deutschnationaler Verbände, der um Hilfe für die „verfälschte deutsche Wirtschaft“ steht. Was diesen Herren „Hilfe für die Wirtschaft“ ist, wissen wir auch schon längst. Wofür machen die Herren Unternehmer die Geldstränke auf, wenn es um ihre Wirtschaft geht? Ihre Wirtschaft ist die Wirtschaft des Profitinteresses, der kapitalistischen Unterdrückung. Sie wollen in Preußen die Schlüsselstellung für eine unumschränkte Ge-waltsherrschaft im Reich erobern und die Hemmungen, die sich jetzt noch einem radikalen Lohnabbau entgegenstellen, beseitigen. Von unserer heutigen gewerkschaftlichen Freiheit würden wir bei einem Erfolg der Reaktion wenig übrig behalten. Zer-schlagung der Tarifverträge, Aufhebung des Arbeits-schutzes und des Arbeitszeitgesetzes ist das Ziel der Wirtschafts-reaktion.

Ihr Kapital soll Zett ansehen

auf Kosten der ausgequergelten Arbeiterschaft. Nach neuer Kapital-bildung“ sehnen sich die Kapitalisten schon seit Monaten; dazu sollen die Besitztümer gesteuert werden. Es wird offen ausgesprochen, daß die Sozialpolitik des neuen Staates zertrümmert werden soll. Die Arbeitslosenversicherung ist nach ihrer Ansicht nur eine Prämie für die Faulheit. Ihre Abschaffung soll die „wahre Arbeitsmoral“ mis-der einführen, die Moral der Arschseligkeit und Unter-würdigkeit.

Nach historischem Recht gehört der ganze Herdarm der faschistischen und monarchistischen Reaktion schon längst in die Mottenkiste. Die hysterische Heldengestalt Adolf Hitlers und der Großverdiener Hugenberg sind überlebte Figuren. Sie leben von dem politischen Wunderglauben, der an Stelle der früheren In-differenz breite Schichten beherrscht, die durch die plötzlich ein-brechende Wirtschaftsnot verzwängt sind. Darauf bauen sie ihre letzte Hoffnung auf einen Aufstieg vor ihrem endgültigen Fall. Preußen muß und wird gegen sie gehalten werden. Unser Genosse Otto Braun darf noch längst nicht in den Ruhestand treten. Seine starke Hand muß weiter im Interesse von Republik und Demokratie arbeiten.

Die gesamte Arbeiterschaft, auch die unorganisierte, muß be-greifen, worum dieser Kampf geht. Es ist

nicht das Begehren des Volkes, sondern es ist die Begehrlichkeit der kapitalistischen Klasse.

die nach der preußischen Machtstellung greift. Dieser Angriff muß von der Arbeiterklasse abgelehnt werden, denn dieser Kampf hat aufs neue die Fronten aufgerissen zwischen Kapital und Arbeit. Es ist ein politischer Lohnkampf, der jetzt aus-gefochten wird!

Wie Preußen einst das republikanische Bollwerk gegen den Bolschewismus war, so muß es heute das Bollwerk gegen den Faschismus sein, um die Vorbedingungen für den Kampf um den Sozialismus zu erhalten. Wäre das Volk politisch reif, so könnte man es nicht zu einem Volksbegehren gegen den Marxismus aufrufen. Wenn das Volk den Sozialismus erst kennt, so muß es ihn als Erlösung geradezu herbeisehnen. Mitten im Wahnsinn der kapitalistischen Anarchie, mit ihren Millionen von hungernden Menschen, muß dem Volk der Sozialismus als einziger Erlöser erscheinen.

Denn der Hunger wütet ja nicht etwa, weil die Natur sich dem Menschen verweigert, sondern weil der Mensch, der alle Naturkräfte in seinen Dienst gestellt hat, unter kapitalistischen Voraussetzungen nicht fähig ist, eine planvolle Ordnung in der eigenen Wirtschaft zu schaffen.

Das ist die Folge davon, daß der einzig beherrschende Trieb im Kapitalismus das Streben nach Profit ist. Riesmengen von Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Erzeugnissen ver-derben nur deswegen, weil sie nicht gewinnbringend verkauft wer-den können.

Um die Beseitigung eines solchen Systems geht letzten Endes auch der jegliche Kampf. Sollte die reaktionäre Gefahr, die sich jetzt schon auf dem Abstieg zu befinden scheint, doch noch wider Erwarten erstarren, so muß die Arbeiterschaft sie mit starken Armen dorthin schleudern, wo sie hingehört: in die Mottenkiste der Ge-schichte!

Nach minutenlangem Beifall sangen die Versammelten das Kampflied „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“, und als Genosse Künstler zum Schluß verkündete, daß in Spanien die Repu-blik ausgerufen sei und die rote Fahne auf dem Rathaus von Madrid wehe, wölkte der draufende Jubel kein Ende finden.

Die Kundgebung schloß mit einem Hoch auf die inter-nationale Sozialdemokratie und das republika-nische Preußen! Unter Hörner- und Trommelklang zogen sich die Zuhörer abteilungsweise an die Spitze der abmarschierenden Massen, die langsam den Riesenbau des Sportpalastes verließen. Obwohl der Abmarsch reibungslos vorstatten ging, währte es doch über eine halbe Stunde, bis die verkehrreiche Potsdamer Straße wieder das gewohnte Abendbild zeigte.

Stahlhelmpolizei.

Das Schnorren bringt nichts ein.

In einem vertraulichen Rundschreiben des Berliner „Stahl-helm“, das uns auf den Tisch geflogen ist, heißt es:

„Auf den empfangenen Sammellisten bitte ich noch bis ein-schließlich zum 21. April weiter zu sammeln und die abgeschlossenen Listen, sowie das gesammelte Geld an Herrn... einzusenden. Sammlungen haben leider bisher noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt, so daß ich bitte, die Sammelstätigkeit noch recht energisch zu betreiben. Neue Sammelisten können noch bei Herrn... angefordert werden.“

Das Schnorrgeld bringt nichts, und darauf ist große Trauer bei den wackeren Mannen!

Franzen verbietet.

Der sozialdemokratische „Vollsfreund“ stillgelegt.

Braunschweig, 14. April. (Eigenbericht.)

Am Dienstagabend hat der Naziminister Dr. Franzen zu einem Schlage gegen den sozialdemokratischen „Vollsfreund“ ausgeholt, indem er ihn auf die Dauer von 3 Wochen bis einschließlich 5. Mai verboten hat.

Dem Verlage und der Redaktion wurde folgende Verfügung zugestellt:

Auf Grund des § 13 in Verbindung mit den §§ 1 und 12 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verbiete ich auf Beschluss des braunschweigischen Staatsministeriums hiermit den „Vollsfreund“, Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wegen Verstoßes gegen § 1 Absatz 1 Ziffer 1 in Verbindung mit § 12 der genannten Verordnung für die Zeit vom 15. April bis einschließlich 5. Mai. In dem Artikel in Nr. 83 mit der Kopfzeile „Gegen Franzen-Reaktion“ und der durch großen Druck hervorgehobenen Ueberschrift „Schulstreik der weltlichen Schulen im Lande Braunschweig“ ist nach Inhalt und Fassung seines gesamten Vorlauts, insbesondere durch die Worte: „alle Kräfte müssen jetzt zusammengerissen werden, um dem Willkürregiment eine moralische Schlappe zuzufügen“ zum Ungehörigsten Bestimmungen des braunschweigischen Gesetzes über die Gemeindefschulen vom 5. April 1913 angereizt worden, um Erziehungsberühmte, Schulkinder und andere Personen zur vorsätzlichen Verletzung der gesetzlichen Schulpflichten am 10. und 11. April dieses Jahres zu bestimmen. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Gegen das Verbot ist nach § 13 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten die Beschwerde zulässig, die bei mir binnen zwei Wochen nach Zustellung einzureichen ist.

gez. Franzen.

Der Verlag des „Vollsfreund“ hat gegen den Akt des Wahrheitsfanatikers Franzen sofort alle Rechtsmittel auf Aufhebung des Verbots ergriffen.

Thüringer Regierungsrumpf.

Ergänzungswahl gescheitert.

Weimar, 14. April. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag von den Regierungsparteien des Thüringischen Landtages beabsichtigte Ergänzung der Rumpfregierung Baum durch die Wahl von zwei neuen Staatsräten ist gescheitert.

Mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten wurde der Wahlvorschlag der Regierungsparteien abgelehnt. Dafür stimmten 19 Abgeordnete des Landbunds, der Wirtschaftspartei und der Volkspartei. Daraufhin beantragten die Nationalsozialisten, die immer noch einen großen Drang nach der Futtermilch zur Schau tragen, den erst vor wenigen Tagen davon gejagten Minister Fried und den nationalsozialistischen Staatsrat Marschler wiederzuwählen. Gegen diesen Antrag stimmten 27 Abgeordnete der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Volkspartei. Die Abgeordneten der Wirtschaftspartei und des Landbunds enthielten sich der Stimme, während die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten für deren Antrag stimmten.

Im Anschluß an diese Abstimmung beantragten die Kommunisten in einer neuen Sitzung ihren Antrag auf Auflösung des Landtags zu beraten. Ehe es zur Abstimmung kam, die zur Ablehnung des kommunistischen Antrags führte, ließen die Nationalsozialisten erklären, daß sie für die Auflösung des Landtags sind. Der Landtag vertagte sich dann. In der Zwischenzeit soll unter der Führung der Volkspartei versucht werden, in interfraktionellen Beratungen eine Verständigung über die Ergänzung der Regierung Baum herbeizuführen.

Strafantrag Otto Brauns.

Gegen eine „christliche“ Erfindung.

Amlich wird mitgeteilt: „In Wahlversammlungen und bei anderen Versammlungen rechtsstehender Parteien ist des öfteren ein angeblicher Ausspruch des preussischen Ministerpräsidenten zitiert worden: „Er sei mit dem russischen Bolschewismus grundsätzlich einverstanden, die Rostauer hätten sich nur im Tempo vergriffen.“

Vor kurzem hat nun auch die Monatschrift „Haus und Schule“, Organ des „Deutschen Bundes für christlich-epangelische Erziehung“, einen früher in der „Deutschen Zeitung“ erschienenen Artikel von Pfarrer Ronderi-Kaugs als „sehr beachtenswert“ wiedergegeben, in dem es ebenfalls so hingestellt wird, als habe der preussische Ministerpräsident diese Äußerung getan. Aus eigenem hat die Zeitung die Bemerkung hinzugefügt: „Die Zeit der Rede- und Verdrehungskünste ist vorbei, die Zeit der Entscheidung ist gekommen.“ Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat gegen diese Zeitschrift, wie nunmehr gleichzeitig auch gegen die „Deutsche Zeitung“ Strafantrag gestellt. Er hat sich insbesondere zu diesem Schritt entschlossen, weil ihm die Veröffentlichung in „Haus und Schule“ durch die persönliche Einfindung des Herausgebers einer anderen religiösen Zeitschrift bekannt geworden ist. Deren Redakteur, ein epangelischer Prediger, war aber gewissenhaft genug, den Ministerpräsidenten vorher zu befragen, ob er wirklich diese Äußerung getan habe, weil er es seinem Gewissen als Redakteur nicht zumuten könnte, trübsinnig eine Äußerung abzubilden, die ihm ungläubwürdig erscheint. Ministerpräsident Dr. Braun hat jenem Prediger sofort brieflich geantwortet, daß er diese angebliche Äußerung niemals getan habe, und daß sie eine jener zahlreichen Agitationslügen sei, die über ihn verbreitet werden.

Erfolg gegen Sozialreaktion.

Minister Resch tritt zurück.

Wien, 14. April. (Eigenbericht.)

Der Minister für soziale Verwaltung, Dr. Resch, hat dem Bundespräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht; der Bundespräsident wird ihm willfahren.

Die Demission ist offenbar auf den scharfen Protest des Arbeitskammertages gegen die Geschenktürke des Ministers zur Verschlechterung der Sozialversicherung zurückzuführen.

Rechtswelt Dr. Edenthal, über dessen Rede zur „Reinheitsfrage“ wir berichtet haben, ist nicht das gleichnamige Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion.

Der grade Verstand.

(Der erste Mensch, der gegen den kommunistischen Werkpion Verdacht schöpfte, war eine Köchin.)



„Ein Pöttekiefer. — Das ist nichts Reelles!“

Der Umsturz in Spanien.

Drei Sozialisten in der Regierung.

In dieser neuen Regierung sitzen drei Sozialisten, und zwar der Vorsitzende des Allgemeinen spanischen Gewerkschaftsbundes und Vizepräsident der Sozialistischen Partei Largo Caballero als Arbeitsminister, der Universitätsprofessor Ferrnando de los Rios als Unterrichtsminister und der bis gestern im Exil in Paris lebende Indalecio Prieto als Finanzminister (nicht zu verwechseln mit dem Liberalen Garcia Prieto, der der letzten Regierung angehörte).

Ministerpräsident ist der Führer der Republikanischen Partei Alcalá Zamora, der den mißglückten republikanischen Umsturzversuch vor vier Monaten leitete, und der erst kürzlich nach dem freisprechenden Urteil des Gerichts das Gefängnis verließ. Die meisten Mitglieder des neuen Kabinetts hatten an dieser Bewegung ebenfalls führend teilgenommen und sind erst zugleich mit Zamora aus der Haft entlassen worden.

Der Innenminister Miguel Maura ist der Sohn des langjährigen konservativen Führers und mehrfachen Ministerpräsidenten Grafen Maura, unter dessen Regierung die standrechtliche Erschießung des Freiidenkerführers Ferrer erfolgte, die die gesamte freiheitliche Welt damals auf das stärkste gegen die spanische Monarchie empörte. Auch der Unterstaatssekretär Rafael Sanchez Guerra ist der Sohn jenes früheren konservativen Führers, der sich aber als einer der ersten gegen das Diktaturregime Primos auflehnte und den mißglückten Putsch von Valencia unternahm und seither offen den Kampf gegen König Alfons führte.

Der neue Außenminister Verrouz ist schon seit Jahrzehnten als republikanischer Führer bekannt und war vor allem in Barcelona tätig. Aus Opposition gegen die Monarchie, die aus dynastisch-kerikalischen Gründen während des Weltkrieges zu den Mittelmächten, vor allem zu Oesterreich und den Habsburgern hielt, war Verrouz als franzosenfreundlich bekannt. Die Deutsche Republik braucht aber aus dieser damaligen Einstellung des neuen Außenministers nichts zu befürchten, wenn sie selbst ihren republikanisch-freiheitlichen Charakter nicht verleugnet. Dafür bürgen schon die durchaus herzlichen Beziehungen zwischen den Deutschen und den spanischen Sozialisten, die zwar infolge der geographischen Entfernung bisher nur spärlich sein konnten, die aber stets bei jeder Gelegenheit zutage getreten sind. So hat der neuernannte Bürgermeister von Madrid, Genesio Saborit, nach dem Hamburger internationalen Kongreß 1923 in einer sozialistischen Kundgebung in der Böhlow-Brauerei in Berlin eine Rede gehalten, die vom jetzigen Presseschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Zechlin, überfetzt wurde. Erst kürzlich hatte der spanische Parteivorstand ein herzliches Beileidetelegramm zum Tode Hermann Müllers gesandt.

Umfassende Personalveränderungen in der inneren Verwaltung ebenso wie in den Auslandsvertretungen werden von der neuen Regierung angekündigt. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Madrid meldet, ist als spanischer Botschafter in Berlin der Journalist Alvarez del Vayo in Aussicht genommen, der hier kein Unbekannter ist. Er war nach dem Arzigo während mehrerer Jahre Vertreter spanischer und argentinischer Zeitungen in Berlin und Vorsitzender des Vereins der ausländischen Presse. Er gehört der Sozialistischen Partei an und stand sogar auf ihrem linken Flügel. Während der Diktatur wurde er mehrfach wegen seiner publizistischen und rednerischen Tätigkeit in Haft genommen. Einmal gelang es jedoch einer Intervention des Verbandes der Völkervereinigungsjournalisten, dem er angehört, seine baldige Freilassung zu erwirken.

Provisorische Verfassung verkündet.

Madrid, 14. April.

Im Rathaus von Madrid ist die Republik ausgerufen worden. Die provisorische Regierung wird eine Proklamation veröffentlichen, die außer einem Manifest an die Nation auch die provisorische Verfassung in großen Zinlen enthalte, die solange Geltung haben wird, bis die verfassunggebenden Cortes über die endgültige Verfassung beschlossen haben.

Die erste Handlung der neuen Regierung wird die Verkündung der Amnestie sein. Es ist telephonische und telegraphische Anweisung gegeben worden, sämtliche politischen Gefangenen sofort in Freiheit zu setzen.

Eine Abordnung von Offizieren hat beim neuen Kriegsminister vorgeschrieben und angeboten, sich in Verwaltungsposten zu betätigen, bis die Armee endgültig reorganisiert ist.

Die Uebertragung der Befugnisse der bisherigen Regierung auf die neue provisorische Regierung ist durchgeführt worden. Die definitive und offizielle Verkündung der Republik soll erst nach endgültigem formellen Uebergang der Regierungsbefugnisse erfolgen.

Alfons hat Madrid im Auto verlassen.

Madrid, 14. April.

Der König hat heute abend um 10 Uhr mitteleuropäischer Zeit in Begleitung des Marineministers der letzten königlichen Regierung, des Herzogs von Miranda und des Infanten Alfonso die Hauptstadt im Automobil verlassen. Er fährt nach Cartagena. (Nach einer anderen Meldung begibt er sich nach Cadix.) Die königliche Familie wird morgen normittag um 9 Uhr mitteleuropäischer Zeit die Hauptstadt verlassen. Näheres über den künftigen Aufenthaltsort des Königs und seiner Familie ist noch nicht bekannt geworden. Da der König de facto auf den Thron verzichtet hat und unmittelbar darauf die Republik ausgerufen wurde, sind keine Abdankungsdokumente unterzeichnet worden.

Alles deutet darauf hin, daß das gesamte Gebiet des bisherigen Königreiches Spanien künftig eine Bundesrepublik bilden wird.

Republik Katalonien.

Barcelona, 14. April.

Auf dem Bürgermeisteramt und auf dem Gebäude des Provinziallandtags ist die republikanische Flagge gehißt worden. Beide Behörden sind in die Hand der Anhänger des Obersten Macia übergegangen. Die Polizei leistete keinen Widerstand und wagte gegen die republikanischen Demonstranten, an deren Spitze sich Macia gestellt hatte, in keinem Augenblick einzuschreiten. Oberst Macia betrat das Gebäude des Provinziallandtags und forderte, daß es ihm übergeben werde. Dies geschah nach einem gewissen Widerstand.

Oberst Macia veröffentlichte hierauf folgende Erklärung: „Im Namen des katalanischen Volkes rufe ich den katalanischen Staat unter republikanischem Regime aus, dessen Einführung ich gleichfalls für die übrigen iberischen Völker wünsche, mit denen wir eine

Konföderation der iberischen Völker

zwecks Befreiung von der Monarchie der Bourbonen bilden werden. Wir wünschen, daß diese Stimme zu allen freien Staaten im Namen der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens unter den Völkern dringt. Gezeichnet Frances Macia, Präsident der katalanischen Republik.“

Glückwunsch der deutschen Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand hat an die Sozialistische Partei Spaniens am Dienstagmorgens folgendes Glückwunschtelegramm abgesandt:

„Die deutsche Sozialdemokratie, die stärkste Trägerin des republikanischen Gedankens in Deutschland, beglückwünscht auf das herzlichste die spanischen Sozialisten zu dem herrlichen Sieg der Republik in Spanien.“

gez. Otto Bets.

Berenguer und sein Bruder verhaftet.

Couba, 14. April. (Eigenbericht.)

Auf Anordnung der republikanischen Regierung wurde am Dienstagabend der ehemalige Diktator, General Berenguer und sein Bruder Frederico, der bisher Militärgouverneur von Madrid gewesen ist, verhaftet. Letzterer weigerte sich, zurückzutreten und seine Machtbefugnisse einem republikanischen Beamten zu übergeben.

Ungeheure Menschenmassen ziehen jubelnd durch die Stadt.

Berlins neuer Magistrat.

Sahm, Lange, Elsas und Asch im ersten Wahlgang gewählt.

Die oberbürgermeisterlose Zeit ist für die Reichshauptstadt endlich vorbei. Der ehemalige Danziger Senatspräsident Dr. Heinrich Sahm ist gestern im ersten Wahlgang von den Berliner Stadtverordneten zum Oberbürgermeister gewählt worden. Es wurden bei einer absoluten Mehrheit von 105 Stimmen 110 Karten für ihn abgegeben. Die Deutschnationalen hatten ihrem Kandidaten die Mamage des sicheren Durchfalls nicht erspart. Ihr Kandidat erhielt 46 Stimmen, der Kommunist Bied 52 Stimmen. Die gleichfalls zu wählenden zwei Bürgermeister und der Stadtkämmerer wurden ebenfalls gleich im ersten Wahlgang mit Mehrheit gewählt. Der bisherige stellvertretende Kämmerer Friedrich Lange erhielt 106 Stimmen, der bisherige Vizepräsident des deutschen Städtetages Dr. Elsas 112 Stimmen und der zukünftige Berliner Stadtkämmerer Bruno Asch aus Frankfurt a. M. 101 Stimmen.

Das Stadtparlament hatte seinen großen Tag. Presse- und Zuschauertribünen waren überfüllt und die einzelnen Fraktionen hatten alle ihre Mitglieder mobil gemacht. Von der sozialdemokratischen Fraktion fehlte nicht ein Stadtverordneter. Durch diese Disziplin gelang es einen neuen Verschleppungsversuch der Deutschnationalen zu vereiteln. Das Haus vertagte sich nach der Wahl der unbesoldeten Stadträte auf Donnerstag nächster Woche.

Die Wahl der besoldeten Magistratsmitglieder, also des Oberbürgermeisters, der beiden Bürgermeister und des Kämmerers wurde programmäßig um 18 1/2 Uhr begonnen. Ihr folgte die Wahl der sechs unbesoldeten Magistratsmitglieder. Zunächst markierten die Deutschnationalen einen letzten Verschleppungsversuch, indem sie die Vertagung der Wahl bis zum Donnerstag beantragten. Die Abstimmung zeigte wieder einmal, daß gewisse Fraktionen völlig directionslos in der Versammlung herumtaumeln: die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Rationalsozialisten und die Splittlerfraktionen stimmten zunächst in trautem Verein für die Vertagung, während die Sozialdemokraten, die Volkspartei, die Staatspartei, das Zentrum und die Wirtschaftsparteier dagegen waren. Die Abstimmung wurde angezweifelt, der Vorsitzende ließ noch einmal die Hände hochheben und auszählen. Nun ergab sich, daß die Rationalsozialisten sich der Stimme enthielten, während der größte Teil der Wirtschaftsparteier für die Vertagung votierten. Man war sich also bei den Nazis wie auch bei den Wirtschaftsparteiern durchaus nicht einig, wie man seine Stimme abgeben sollte. Durch die Auszählung wurde festgestellt, daß

98 Stadtverordnete (Deutschnationalen, Kommunisten, Wirtschaftsparteier und die Splittlergruppen) für die Vertagung waren. Für die Erledigung der Wahl stimmten 104 Stadtverordnete.

Die Saboteure, also die Parteien, die am liebsten sofort nach dem „Holl Böß“ den Oberbürgermeisterposten Hals über Kopf wieder besetzt hätten, hatten jetzt gute Weile damit.

Bei stark besetztem Hause — es kamen im ersten Wahlgang 222 Stimmgabeln ein, bei 225 Stadtverordneten, die sozialdemokratische Fraktion war vollständig vertreten — wurde im Namen der Mehrheit des Wahlausschusses als Kandidat für den

Oberbürgermeisterposten Dr. Sahm vorgeschlagen, während die Deutschnationalen den 67jährigen früheren Direktor des Zweigverbandes Berlin Dr. Steiniger, und die Kommunisten ihren Altherrenkandidaten, Herrn Bied, benannten. Bied hätte also von Rostow für die Ausübung des Oberbürgermeisterpostens Urlaub bekommen müssen, denn er wird seit Monaten in der Sowjethauptstadt festgehalten. Daß die Mehrheit der Abstimmenden erhob die Redner und Vorkämpfer der Sorge um ihre Kandidaten. Abgegeben wurden beim namentlichen Aufruf der Stadtverordneten 225 Zettel, davon waren 13 unbeschriftet, also ungültig. Die absolute Mehrheit betrug 105 Stimmen.

Auf Dr. Sahm entfielen 110 Stimmen, er war also im ersten Wahlgang gewählt;

auf Bied vereinigten sich 52, auf Steiniger 46 Stimmen. Dann wurde sofort die Wahl für den einen der beiden Bürgermeister vorgenommen. Vorgeschlagen wurden namens der Ausschlußmehrheit der stellvertretende Kämmerer Lange (Soz.), von den Kommunisten Braun und von den Deutschnationalen Dr. Steinhoff.

Auch bei der Wahl der Bürgermeister war nur ein Wahlgang nötig, denn von 220 abgegebenen Zetteln waren 20 ungültig, die absolute Mehrheit betrug also 101.

Genosse Lange erhielt 106 Stimmen,

war also ebenfalls sofort gewählt, während Braun 51 und Steinhoff 42 Stimmen erhielten. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von den Sozialdemokraten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Bei der Wahl der anderen Bürgermeister gab es eine kleine Demonstration der Deutschnationalen. Ihr Fraktionsführer Granaß erklärte nämlich, seine Fraktion werde sich an den weiteren Abstimmungen nicht mehr beteiligen. Granaß wie auch der als Redner folgende Kommunist Wisnewski konnten sich noch nicht an die neue Geschäftsordnung gewöhnen, die ihnen wohl das Recht zu Erklärungen oder Kandidatenvorschlägen gibt, nicht aber dabei zu Angriffen auf Fraktionen. Sie mußten beide vom Vorsitz unterbrochen werden. Kandidaten für den anderen Bürgermeister waren für die Ausschlußmehrheit Dr. Elsas (Staatspartei), für

die Kommunisten wieder Braun. Es kamen 167 Zettel ein, 3 Stimmen waren ungültig, die absolute Mehrheit betrug diesmal 83 Stimmen.

Dr. Elsas wurde mit 112 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Braun erhielt 51 Stimmen. Zum Kämmerer schlug die Ausschlußmehrheit den Sozialdemokraten Bruno Asch vor, die Kommunisten den Stadtverordneten Schwent.

Auch Genosse Asch wurde im ersten Wahlgang gewählt,

da er von 168 abgegebenen und 154 gültigen Stimmen 101 erhielt, während Schwent 51 Stimmen bekam. Bei allen Wahlgängen waren einige Stimmen zerplittert, woraus sich die Differenz zwischen der Zahl der gültigen Stimmen und der Summe der auf die Kandidaten entfallenden Stimmen ergibt.

Die unbesoldeten Stadträte von Berlin.

Für die unbesoldeten Stadträte waren Listen aufgestellt. Die sozialdemokratische Liste begann mit den Namen Ahrens, Ortman, die kommunistische Liste mit Fritz Lange-Neufuß, was mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen wurde; die Deutschnationalen hatten ihren Ringweiler an die Spitze der Liste gesetzt, die Volksparteier Jurck. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und den Sozialdemokraten um eine Mehrheit bei den Wahlen war eine Listenverbindung zwischen der sozialdemokratischen und der volksparteilichen Liste erreicht worden. Die Liste Ahrens erhielt 61 Stimmen und 2 Stadträte, Liste Lange 51 und 1 Stadtrat, Liste Ringweiler 40 und ebenfalls 1 Stadtrat und Liste Jurck 53 Stimmen und 2 Stadträte.

Gewählt sind also die Genossen Ahrens und Ortman, der Volksparteier Jurck, von der Wirtschaftspartei Ringweiler, ferner der Kommunist Lange und der Deutschnationaler Ringweiler.

Um 21 1/2 Uhr waren die Wahlen endlich abgeschlossen. Ein Antrag der Mittelparteien, die Sitzung bis zum Donnerstag

Flugzeug Berlin-Breslau abgestürzt

Pilot und Bordwart getötet. — Vier Schwerverletzte.

Berlin, 14. April.

Am Dienstagmittag stürzte das auf der Strecke Berlin-Breslau verkehrende Flugzeug „D 1928“ bei Rietschen in der Oberlausitz ab. Die Maschine war mit drei Mann Besatzung und sieben Passagieren besetzt, von denen zwei getötet und vier schwer verletzt worden sind. Getötet wurden der Flugzeugführer Schirmer und der Bordwart Wischoss. Die Schwerverletzten befinden sich im Krankenhaus in Rietschen. Ueber das Schicksal des Bordwärters Stoelver ist noch nichts bekannt. Auch sind die Personalien der verunglückten Passagiere noch nicht festgestellt.

Wie zu dem Flugzeugunglück bei Hähnichen von der Luftkassa

noch mitgeteilt wird, war das Flugzeug D 1928 auf einem Sonderflug von Berlin nach Görlitz begriffen. Ueber dem Flugplatz Schirmer und dem Funkermeister Wischoss, die beide getötet wurden, befanden sich noch acht weitere Insassen an Bord. Nach den bisher eingelaufenen Nachrichten sind vier schwer und vier leicht verletzt. Eine Sachverständigenkommission ist zur Untersuchung des Unfalls zur Unglücksstelle abgegangen. Wie Augenzeugen berichten, soll der Absturz des Flugzeuges, der sich um 13.50 Uhr ereignete, breunend erfolgt sein. Die Verletzten wurden in das Emaus-Krankenhaus Rietsch (Oberlausitz) eingeliefert. Unter den Verletzten soll sich ein Herr Saubertzweig aus Berlin befinden. Unter den Fluggästen befanden sich außerdem die Herren von Hühnersdorf aus Berlin, Schneewindt aus Potsdam und Bork aus Berlin-Wilmersdorf; ob sie zu den Verletzten zählen, ist noch nicht bekannt.



(Schluß)

Bald fährt der schnelle Wagen an ihren Spargelfeldern vorüber. Sie haben das Kraut bereits gemäht; es liegt zu Haufen geschichtet, es liegt zum Verbrennen bereit.

Andreas hat, auf Lufzens Vorschlag hin, den Aufscher geholt, bis zum Friedhof zu fahren. Während der Wagen umkehrt, stehen sie um das Grab. Es trägt viele Ästern und einen Stein; in dessen Rückseite ist in groben Buchstaben gemeißelt: Viel Tod, viel Leben.

Anna Maschke sieht es, und tröstet sie. Wenn nur das Kind gesund sein möchte... nur das Kind!

Lene sieht es, und geht gefällt es ihr. Ihr Vater ist tot; aber ihr Boden lebt. Alles ist gut so, wie es geschah.

Schmiger sucht ihren Blick; aber der läßt sich nicht finden. Gern würde er ihr sagen, daß er nun zu den Reichen gehört, die das Stubbenland gerne trägt, und die das Stubbenland groß machen werden; zu den Menschen nämlich, die nicht in ihren Gefühlen ersticken.

Erst als sich die weiße Nebelmilch ins Dunkel gießt, gehen sie nach Hause und schlafen fest in ihren Häusern.

Draußen rinnt im Winde die Sanduhr Gottes, das Stubbenland.

Ich habe veranlassen können, daß der Stubbenlander Spargel bei den Marktpreisen besonders notiert und in der Presse sowie im Rundfunk genannt wird. Ich denke, Sie werden begreifen, daß dies wieder ein großer Schritt vorwärts ist.

So hat Herr Schmiger vor fünf Tagen in dem ihm jetzt eigenen Direktorenjargon gesagt. Seither sitzen Kornis jeden Morgen am Lautsprecher und erwarten fiebernd die Marktpreise. Luise gibt sich den Beweggrund zu; Andreas hingegen erfindet immer einen anderen Vorwand, um zur passenden Zeit im Zimmer zu sein. Sie sind die alten Kinder geblieben,

obgleich sie doch jetzt gewissermaßen Eltern sind; Eltern des dreijährigen kleinen Maschke, der heute wie immer draußen auf dem Hofe kräht und spielt — gesund und gerade.

Luise kann ihn vom Fenster aus sehen; Andreas ist heute noch nicht da, obwohl es bald soweit ist. Hinter dem spielenden Kinde strecken sich die Spargelfurchen, und hinter ihnen stehen die Strauchbäume wie Baugerüste des Frühlings und warten auf ihre Fassaden. An die Scheiben rauscht leise der Sand; im Stubbenland hat noch die Stille ein erinnerndes Lächeln; auch ich war Sturm, ehe ich hier zu Roste ging.

Wenn Luise sich hinauslehnt aus dem Fenster, kann sie die ganze, geneigte Fläche überblicken, vom Friedhof hinunter zum See. Zwei Gräber hat dieser kleine Friedhof jetzt; im zweiten liegt seit drei Jahren die bucklige Anna Maschke, die im Kindbett starb. Die Ernte ist im Gange; auf jedem der drei Felder ist eine Reihe von sieben Mädchen am Werk. Schon im Vorjahr haben sie zwanzig auswärtige Erntearbeiter beschäftigen können, und heuer sind es dank Herrn Schmigers Großzügigkeit sogar fünfzig geworden. Die weißen Schuhen der Mädchen blühen in die Sonne; manche knien, andere gehen langsamen Schrittes weiter, eine steht über den Hügel; das ist keine Sachkengängerin, das ist Lene Papendiek, die seit Jahren Hof und Feld versteht wie ein Mann. Die langen Spargelmesser leuchten, die gelben Körbe schimmern. Die Mädchen singen; es ist eine langgezogene Melodie, die den Rhythmus des Büdens und Sichaufrichtens hat. Die Stimmen sind alle etwas schrill, aber sie klingen mehrstimmig, und es klingt gut, wie es ins Fenster weht. Heiseres, dröhnendes Schnaufen hedet das zwischen; das kommt von links, wo noch Stubben sind, und wo die Männer graben und hacken; und das ist der schwarze Traktor, den die Genossenschaft kürzlich gekauft hat, und der an besonders schwierigen Stellen eingesetzt wird. Seine Stahlstange trägt in sorgfältigen weißen Buchstaben den Namen „Hans“, und Paul Maschke steuert ihn. Luise lächelt, wie das eiserne Pferd die Arbeit des alten Hans tut; es zieht an einer Kette, bis der Stubben sich neigt und herausgeschleift wird und einen Jopf aus Wurzel hat. Die Männer rufen einen hellen Stiegesruf, der eiserne Hans läßt seine weiße Triumphfahne aus Dampf in die Luft wehen, und die Kette windet sich um den nächsten Stubben.

Jetzt kommt Andreas über den Hof, geht ganz aufgeregt mitten durch die Schar der aneinander stehenden Hühner, denen das Kind gerade sein Frühstücksbrot versüßert. Andreas nimmt sich nicht Zeit, es zu freizeichnen, er tritt hastig in die

Stube und gleich an den Rundfunkempfänger: „Heute ist es so weit“, sagt Schmiger, „er hat es geschrieben bekommen.“

„Also wenn er das geschafft hat“, sagt Luise ehrfurchtsvoll und erregt, „dann wird er auch die Konservenfabrik schaffen!“ Denn daran hat sie bisher gezweifelt, obgleich die Bauarbeiter schon beim Ausschachten sind.

„Gerade da hin, wo unsere Bauhütte stand“, will Andreas berichten, „kommt das Maschinenhaus und —“

Achtung, Achtung, Achtung! Hier ist Hamburg, Bremen, Flensburg, Hannover und Kiel.

Achtung, Achtung, Achtung! Hier ist Hamburg, Bremen, Flensburg, Hannover und Kiel.

Wir geben die heutigen Marktpreise bekannt. Amtliche Notierung. Gemüse: Karotten 50 Pfennig. Spargel erste Sorte 90 Pfennig bis 1 Mark. Kalifornischer Spargel 70 bis 80 Pfennig. Der Ansager hält einen Augenblick inne; man merkt, daß er auf ein Wort stößt, das ihm ungewohnt ist. Und jetzt... und jetzt, sie halten den Atem an: Stubbenlander Spargel 1,10 bis 1,20 Mark. Blumenkohl —

„Abstellen!“ sagt Andreas ganz heiser. Luise stellt ab. Zehn Pfennig mehr also zahlt man für den Spargel vom Stubbenland.

Sie haben beide Tränen in den Augen. Zehn Pfennig also, und der Rundfunk verkündet das. Und das hat sieben Jahre gedauert. Sieben Jahre Not. Das hat zwei Menschen gekostet. Den Riesen Papendiek und die kleine bucklige Anna, die so ungerne starb. Das hat drei Rheumatismen und einen Blutsturz gekostet.

Das hat zwei Tiere gekostet, sie sollen nicht vergessen sein, Hans, ein Pferd, und Rolf, ein Hund.

Nun aber ist es soweit. Nun hat der Mann im Rundfunk zwischen Karotten und Blumenkohl den Stubbenlander Spargel genannt. Und er ist um zehn Pfennig besser als gewöhnlicher.

Das alles hat zehn Pfennig gebracht pro Pfund. Wie viele, große Unglücke sind doch nötig für ein einziges, kleines Glück!

Nicht wehren gegen die Tränen. Wir dürfen es genießen, das Glück. Das einzige, kleine... das gewaltige Glück! Das spielende Kind draußen stößt einen hellen, jubelnden Schrei aus. Ein Habicht, der herniederstoßen wollte, schießt erschreckt in die Wildnis.

Kürten berichtet . . .

Schauerlicher Reigen der unglücklichen Opfer

L. R. Düsseldorf, 14. April. (Eigenbericht.)

Kürten als Persönlichkeit ist seit heute kein Rätsel mehr. Mag sein, daß die Verhandlung das Bild von ihm abrundet. Aber eines ist vollkommen klar: In diesem Menschen lebte eine stete **Mordbereitschaft**, seine sexuellen Zwangsvorstellungen hatten ihn vollkommen in der Gewalt; er fürzte von einer Befriedigung seiner Lust in die andere. Keine brachte ihm die ersehnte Ruhe. Daher die Suche nach immer neuen Objekten. Und doch sehnte auch er sich nach „Ruhe“. Ging aber Kürten direkt auf das Töten aus? Er bestreitet das, entweder aus geheimer Berechnung als Abwehr gegen die Mordparagrafen, oder weil es wirklich so ist, wie er sagt. „Was ich suchte“, behauptete er, „war Befriedigung. Der Tod des Opfers war für mich von nebensächlicher Bedeutung. Schon die bloße Berührung, das Rufen um Hilfe brachte mir nicht selten Entspannung; dann ließ ich von meinem Opfer ab. Das war ihre Rettung“. Dabei führte er das Mordwerkzeug stets bei sich. In verschiedenen Stellen eines Baugeländes hatte er Hammer versteckt, um sie zu jeder Zeit bei der Hand zu haben. Kürten weiß, worum es geht. „Glauben Sie nicht, daß ich bloß aus Verteidigungsgründen die absolute Tötungsabsicht bestreite“, meinte er heute. Er spielt den Schicksalsergebenen. Er ist im Gefängnis stumm geworden. Das einzige Buch, das er liest, ist die Bibel, und man fürchtet beinahe, er könnte seinen Zuhörern mit Bibelziten aufwarten. Und doch schwelgt er selbst im Gerichtsaal noch in den sexuellen Vorstellungen seiner ehemaligen Arrestzelle; seine Stimme zittert verdächtlich von gewohnter Erregung. Vielleicht fehlt ihm heute die dunkle Arrestzelle, in der er so schön seine blutdürstigen Visionen heroorzaubern konnte. Es gäbe wohl eine Möglichkeit, obwohl die Allgemeinheit als auch Kürten vor ihm selbst zu retten — ihn zu sterilisieren. Da hätte er sich aber beizeiten zu erkennen geben müssen, oder man hätte ihn beizeiten erkennen müssen. Jetzt ist es zu spät für derartige Ueberlegungen.

Nach der Mittagspause werden die drei Fälle des 21. August besprochen. Kürten führte aus, er habe bis 10 Uhr abends gearbeitet, dann sei er zur Kirmes gegangen, wo er Personen anzusprechen versuchte. Er verfolgte dann zwei Mädchen, die von der Kirmes kamen. Auf die Anne Goldhauens stach er im Vorbeigehen ein und schüttete dann auf ihre Hilferufe. Ebenso stach er nach Frau Mantel, die „fürchterliche“ Schreie ausstieß, so daß Kürten schleunigst flüchtete. Erst als er Kornblum noch hinterrücks einen Stich verfehlte hatte, ließ die sexuelle Spannung nach.

Beim Fleher Doppelmord am Samstag, dem 25. August 1929, will Kürten durch das Feuerwerk auf der Kirmes sehr erregt worden sein. Er spricht von einem „Ausbruch der Gefühle“. Er sei herumgelaufen wie ein hungriger Löwe. Dann traf er die beiden Kinder. Schickte das größere Mädchen nach Zigaretten, und als es ein paar Schritte fort war, würgte er das kleine. Als das größere Mädchen zurückkam, überfiel er es auch. Das Mädchen wehrte sich aber heftig. Er stach es hauptsächlich in den Rücken. Dann säuberte er Hände und Dolch, versteckte das Stillet und ging nach Hause. Am nächsten Tage hat er sich in Tatortnähe aufgehalten und Gespräche mit Neugierigen gesucht.

Darauf sprach Kürten über Gertrud Schulte. Kürten bezeichnete sie als ein ordentliches, gutes Mädchen. Aber er habe doch angenommen, daß sie willfährig wäre, weil sie ohne Widerstand mit ihm durch Feldwege ging. Kürten bezeichnete es als Unglück, daß sie mit ihm zusammentraf. Den Dolch, der bei dem Ueberfall abgebrochen war, warf Kürten in die Weidenbüsche am Rhein, die Handtasche der Schulte in einen Vorgarten in der Leostraße, nachdem er die Uhr herausgenommen und die Schlüssel fortgeworfen hatte. An einer Bank wartete er, bis das Ueberfallkommando kam.

Zum Fall der Ida Reuter am 30. September 1929 sagt Kürten, daß er geglaubt habe, wenn man in Düsseldorf annehme, daß mehrere Mörder tätig seien, würde die Aufregung in der Stadt noch gesteigert. Er freute sich, wenn vor den Zeitungen viele Leute standen. Die Reuter hatte er die Böschung hintergezogen und dann getötet. Der Versuch, die Leiche in den Rhein zu werfen, scheiterte durch das Erscheinen eines Polizeibeamten, worauf Kürten flüchtete. Einen Ring der Reuter versteckte er unter einem Dachziegel, wo er auch gefunden wurde. Die Dörcher schildert Kürten als großes, schlankes, junges Mädchen, die nicht den Eindruck einer Dirne machte. Sie gab an, ohne Stellung zu sein, ging bereitwillig mit ihm angeblickt zu seiner Wohnung.

Am 25. Oktober erfolgten zwei weitere Ueberfälle. Kürten hatte den Hammer wieder bei sich. Er versuchte erst, Kinder anzusprechen, sah dann am Hellweg Frau Reuter. Er schildert dann den Tatvorgang, daß Frau Reuter bereits auf den ersten Schlag zu Boden gesunken sei. Die Aktentasche nahm er mit, um sie etwa 200 Meter vom Tatort entfernt fortzuwerfen. Dieser Ueberfall geschah abends um 8 Uhr. Kürten ging dann in den Hofgarten. Dort sprach ihn die Prostituierte Benders an. Es kam zu einer der üblichen Unterhaltungen. Die Wanders schenkte ihm eine Zigarette. In weiteren Verlauf schlug er von hinten auf sie ein. Dabei zerbrach beim dritten Schlag der Hammerstiel. Er war auch hier am nächsten Tage am Tatort, will aber kein großes Interesse am Wiederfinden des Hammers gehabt haben.

Der letzte Fall betrifft die kleine Gertrud Uibermann, die er am 7. November traf. Er nahm sie mit über die Hans-Sachs-Straße, trug sie auch zum Teil, weil das Kind müde war, bis zur Mauer der Hanischens Fabrik. Der Vorliegende gibt dann noch Kenntnis von weiteren Fällen; so von drei Mädchen, die Kürten im August des gleichen Jahres ansprach, und erwähnt auch einen Fall aus dem Frühjahr 1930.

Eine Zeugin berichtet über einen Ueberfall, den Kürten auf der Drehergasse verübte. Die Zeugin, ein schlankes, hübsches Mädchen, erzählt, wie sie den Schatten des hinter ihr kommenden Kürten bemerkte und sich dabei dachte, daß sie bei einem Ueberfall in den Graben stürzen würde. Kürten stieß sie dann auch in den Graben, aber die Zeugin setzte sich heftig zur Wehr, schrie laut, und ihre Hilferufe wurden auch gehört. Sie schildert ausführlich das mutterzerrende Gesicht Kürtens, der über ihr gekniet und versucht habe, sie zu würgen. Er mußte aber von dem Mädchen ablassen, weil Leute herbeikamen.

Die Weiterverhandlung wurde auf Mittwochvormittag vertagt.

nächster Woche zu verlagern, fand den lebhaften Protest der Kommunisten. Dabei ist interessant, festzustellen, daß in der letzten Sitzung am Donnerstag die Kommunisten gegen die Mehrheit den Vorwurf der „Diktatorherrschaft“ erhob, weil gestern und morgen eine Sitzung geplant war. Nun sollte die für morgen geplante Sitzung ausfallen und das war den Kommunisten nun auch wieder nicht recht. Bei der Abstimmung über den Verhandlungsantrag zeigte sich die ganze Erbarmlichkeit der Oppositionsführung: Die Abstimmung war zweifelhaft, Vorsitzstellvertreter Dr. Caspari ließ auszuweichen; währenddessen wollten Deutschnationale, Nazis und Kommunisten die Versammlung beschlußunfähig machen, indem sie den Saal verließen. Noch während der Auszählung konnte aber Caspari eine Mehrheit für die Vertagung konstatieren, weil ja inzwischen ein Teil der Opponenten aus dem Saal gelaufen war; die Mittelparteien und die Sozialdemokraten aber behielten ihre Plätze inne und stimmten geschlossen für die Vertagung.

Glückwünsche an den Oberbürgermeister.

Der Magistrat hat sofort nach der in der Stadtverordnetenversammlung erfolgten Wahl des früheren Senatspräsidenten Dr. Sahm zum Berliner Oberbürgermeister ein Glückwunschtelegramm an den Gewählten gerichtet. Namens der Stadtverordnetenversammlung hat der Vorsitzende Haß nachstehendes Telegramm an den neuen Berliner Oberbürgermeister geschickt: „Wahl zum Oberbürgermeister mit 110 Stimmen erfolgt. Herzlichen Glückwunsches.“

Sahm an die Berliner.

Gestern abend sprach er schon in der Wochenschau.

Für Lönende Wochenschau übermittelte noch gestern abend, sofort nach der Wahl, den Berlinern die erste Ansprache des neuen Oberbürgermeisters. In der Ansprache heißt es:

Die nunmehr vollzogene Wahl zum Oberbürgermeister der Reichs- und Landeshauptstadt Berlin bedeutet für mich einen neuen Lebensabschnitt und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch für Berlin. Ich erblicke in der Wahl den Beweis eines großen Vertrauens in mein Können und in meine Absichten. Dieses Vertrauen ist um so höher zu bewerten, als sowohl die Wählenden wie der Gewählte sich völlig darüber klar sein müssen und auch sicher gewesen sind, daß es in der Zukunft große Schwierigkeiten zu überwinden gibt. Ich habe die feste Absicht, die Verwaltung klar, einfach und rein zu führen und zu gestalten und die Würde der Stadt nach jeder Richtung hin zu wahren. Ich komme aus dem deutschen Osten, an dem ich mit heisser Liebe auch weiterhin hängen werde, und ich darf wohl das Wort des großen Königsberger Philosophen Kant gebrauchen: „Es ist überall nichts in der Welt, ja überhaupt auch außer derselben zu denken möglich, was ohne Einschränkung für gut gehalten werden kann, als allein ein guter Wille.“ Diesen guten Willen bringe ich mit, und ich darf ein Wort von Goethe hinzufügen und damit schließen: „Im Anfang war die Tat!“

Bruno Asch über seine Berufung nach Berlin.

Frankfurt a. M., 14. April.

Stadtrat Genosse Asch, Berlins neuer Kämmerer, gewährte einem Vertreter des WTK eine Unterredung, in der er sich über seinen zukünftigen Posten als Berliner Finanzdezernent wie folgt äußerte:

So schwer es mir fällt, meinen Frankfurter Wirkungskreis, in dem ich starke Befriedigung und viele, dankbar empfundene Anerkennung gefunden habe, zu verlassen, so notwendig erscheint es mir, gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Ruf nach Berlin zu folgen. An der Befundung der Berliner Finanzverhältnisse an entscheidender Stelle mitzuarbeiten, ist eine Aufgabe, die nicht nur groß und reizvoll ist, sondern die ich auch als besonders wichtig und wertvoll für die Gesamtheit der deutschen Gemeinden ansehe. Die Vorgänge in Berlin haben den Kredit aller deutschen Städte in den letzten Jahren erheblich beeinträchtigt,

und wenn das In- und Ausland zu der Berliner Finanzpolitik und Finanzlage wieder volles Vertrauen gewinnt,

dann wird dieses auch allen deutschen Städten bei ihren Kreditbedürfnissen zugute kommen. Ich weiß, daß die Erfüllung dieser Aufgabe besonders schwer ist, weil durch die gegenwärtigen Bestimmungen der Finanzausgleichsgebung den deutschen Gemeinden so unzureichende Mittel zur Verfügung gestellt sind, daß bei den stark gestiegenen Wohlfahrtslasten ein Ausgleich des Haushaltsplanes kaum möglich ist. Ich werde daher auch in Zukunft meine Hauptaufgabe nicht nur darin sehen, im Rahmen der städtischen Finanzpolitik meine Kräfte für eine gesunde Entwicklung einzusetzen, sondern auch bei den Reichs- und Landesbehörden dahin zu wirken, daß sie den dringenden Bedürfnissen der Städte in Zukunft mehr Verständnis entgegenzubringen, als es leider in der letzten Vergangenheit der Fall war. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist natürlich, daß die Parteien des Berliner Rathauses, die bei der Wahl der neuen Mitglieder des Berliner Magistrats sich zusammengefunden haben, auch bei den schwierigen künftigen Beschäftigungen sich zu gemeinsamer, fruchtbringender Arbeit zusammenzufinden.

Münsterländisches Schloß niedergebrannt.

Münster (Westfalen), 14. April.

Am Dienstag früh brach aus bisher unauflöslicher Ursache auf dem Grafen Landberg-Belen gehörenden Schloß Belen ein Brand aus, der sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Bei Eintreffen der Feuerwehren bildete der Dachstuhl bereits ein Flammenmeer. Innerhalb weniger Stunden war das Schloß bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Auch das aus 37 Glocken bestehende wertvolle Glockenspiel konnte nicht gerettet werden. Am stärksten mitgenommen sind die Mitte und der rechte Flügel des Gebäudes, deren Inneres einen rauchenden Trümmerhaufen bildet. Um die Mittagsstunde war der Brand noch nicht gelöscht. Die wertvollen Kunstschätze konnten zum größten Teil gerettet werden.

Selbstmord Seuff-Georgis.

In seiner Wohnung in der Großbeerenstr. 28 ist gestern der bekannte Rezitator und Schriftsteller Seuff-Georgis tot aufgefunden worden. Nach dem Befund liegt zweifellos Selbstmord vor; der Hahn der Gaslampe im Schlafzimmer stand weit geöffnet. Seuff-Georgis, der erst vor wenigen Monaten seine Frau durch den Tod verloren hat, stand im 49. Lebensjahr. Er lebte sehr zurückgezogen und hatte in letzter Zeit mit wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Das scheint auch der Hauptgrund zu sein, der in dem sehr bekannten Rezitator den Plan reifen ließ, freiwillig in den Tod zu gehen. In den Jahren nach der Revolution war Seuff-Georgis ein sehr beliebter Vortragskünstler; späterhin hörte man in Berlin weniger von ihm.

Oeffentliche Kundgebung

Heute, Mittwoch, den 15. April

Abt. 140a, Wittenau, 20 Uhr, Lokal Heese, Reinickendorf-West, Berliner Straße 73 (an der Kremmener Bahn). — Thema: „Gegen Faschismus und Kriegsgefahr“. Rednerin Käthe Kern. Vorführung der Lichtbilder aus dem Film „Im Westen nichts Neues“. **Volksgenossen! Folgt unserem Rufe, kommt zur Kundgebung! Helft den Faschismus bekämpfen!**

Großfeuer in Paris.

Benzinlager in Flammen. — Riesiger Sachschaden.

Paris, 14. April.

Ein Riesengebiet kam am Dienstag in den frühen Nachmittagsstunden in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten von Bagnolet in Paris zum Ausbruch. Das Feuer, das ursprünglich in einem neben den Eisenbahngeländen gelegenen Kohlenkeller entstand, dehnte sich mit ungeheurer Geschwindigkeit auf die zahlreichen Gebäude aus, die bald in hellen Flammen standen. In den Gebäuden waren große Mengen von Benzin und Spirituosen aufgestapelt, die sämtlich explodierten. Der gesamte Gebäudekomplex in einer Länge von 100 Metern und einer Breite von 260 Metern wurde ein Raub der Flammen.

Walter Harlan gestorben.

Schlaganfall während einer Versammlung.

Kurz nach Beginn einer außerordentlichen Generalversammlung, die der Verband Deutscher Bühnendichter und Bühnenmusiker gestern nachmittag abhielt, wurde der Dramatiker Dr. Walter Harlan von einem Herzschlag befallen. Wiederbelebungsversuche, die der anwesende Arzt Dr. Ludwig Zippert vornahm, blieben ohne Erfolg. Die Generalversammlung wurde sofort abgebrochen.

Harlan, der ein Alter von 63 Jahren erreicht hat und erst kürzlich eine schwere Blinddarmerkrankung durchgemacht, gehörte dem Vorstand des Verbandes seit 22 Jahren als Vorsitzender, während der letzten Jahre als einer der Vorsitzenden an. Walter Harlan ist vor allem durch die Komödie „Der Dohrmann zu Pulsnis“ (1908) und das Schauspiel „Das Nürnbergische Ei“, das 1915 im Berliner Deutschen Theater seine Uraufführung erlebte, bekannt geworden. Als Theoretiker des Dramas trat er mit seiner „Schule des Lustspiels“ 1908 hervor.

Großer Dachstuhlbrand in Wilmersdorf.

Im Dachstuhl des Vorderhauses Dissenbacher Straße 9 in Wilmersdorf brach gestern nachmittag aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Durch das regnerische und böige Wetter wurden die Rauchengenossen noch untern gedrückt, so daß die ganze Umgebung an der Brandstätte in einen undurchdringlichen Qualm gehüllt war. Infolgedessen konnte man den Umfang des gefährlichen Feuers zunächst nicht erkennen. Unter großen Schwierigkeiten drangen die Löschrupps über eine mechanische Leiter und die peruanischen Treppenhäuser nach

oben vor; sie wurden nach starkem Wassergehen des Feuers bald Herr. Die Wohnungen der oberen Stockwerke haben durch herabdringende Wassermassen schweren Schaden erlitten.

Josef mag nicht mehr.

Staatsanwalt ermahnt ihn anständig zu sein.

Nachdem der kleine Goebbels gestern aus § 110 StGB zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, erklärte er, als die zweite Verhandlung gegen ihn wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Weich an die Reihe kam, in seiner bekannten Komödiantenart: „Ich verzichte nach dem ersten Urteil auf jede Erklärung.“

Dies der Tatbestand! Im „Angriff“ hatte Goebbels geschrieben: „Wir sprechen nicht von einem korrupten Berlin und von Bolschewismus in der Berliner Verwaltung, sondern wir sagen: **3 f i d o r W e i c h**, das genügt!“ Wegen dieser groben Ungehörigkeit hatte der Polizeipräsident geklagt.

Das Gericht nahm die Erklärung des bodenheiligen Jungen auf der Anklagebank mit Befassenheit entgegen. Die Verhandlung wurde durch Goebbels' Verhalten im Gegenteil in erfreulicher Weise abgekürzt. Nachdem der Staatsanwalt Josef Goebbels auf die Notwendigkeit eines anständigen Tones in der Polemik hingewiesen hatte, verließ der Angeklagte mit rotem Kopf den Gerichtssaal.

In seiner Abwesenheit verkündete das Gericht das Urteil, das auf 1500 Mark Geldstrafe lautet. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Saisonabschied der Schupomusiker.

Das Berliner Schupoorchester beschloß seine Winterpielzeit mit einem prächtigen Schlusskonzert im Wintergarten. Das Programm brachte Werke von Weber, Goldmark und Liszt in der gewohnten disziplinierten orchestralen Wiedergabe. Webers schöne Ouvertüre zu „Corydon“, „Sakuntala“ von Goldmark und „Les Preludes“ von Liszt, daneben noch eine Erläuterung von Spieß „Sonnenaufgang“. Ein Extralob wiederum den Streichern für ihr schönes, klang- und empfindungsreiches Spiel, das in einem Liebeslied für Streichorchester von Rämpf ganz besonders stark zum Ausdruck kam. Bera Schwarz und Paul Fecher erfreuten die zahlreich erschienenen Zuhörer mit gefanglichen Darbietungen aus „Oberon“, „Bohème“ und „Butterfly“. Blendend sang Bera Schwarz die Arie „O Jean, du Ungeheuer“ (Oberon), ihre kultivierte Schauspielkunst löste einen Sturm der Begeisterung aus. Aber auch der Dirigent Hildebrand mit seinen Getreuen erntete herzlichsten, wohlverdienten Beifall mit dem Wunsch auf baldiges Wiederhören.

Internationaler Kongress für neues Bauen in Berlin. Der Internationale Kongress für neues Bauen wird gelegentlich der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 vom 4. bis 8. Juni 1931 in Berlin tagen. Mit der Vorbereitung des Kongresses ist der Vizepräsident des internationalen Kongresses für neues Bauen, Professor Dr.-Ing. e. h. Walter Gropius, beauftragt.

Ueber „Einführung in die philosophischen Grundbegriffe“ beginnt Universitätsprofessor Dr. J. Kieffert eine Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschule Groß-Berlin am Donnerstag, dem 28. April d. J., 20½ Uhr, im Hörsaal 28 der Universität Berlin, Unter den Linden. Gebühr für 10 Abende zu zwei Stunden 2,30 Mark. Erwerblosige gegen Ausweis frei.

Erfolge der Arbeiterbank im Krisenjahr.

Neue Einlagen und Umsatzsteigerung. — Die bewährte Werbekraft der Arbeiterbank-Idee.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., das zentrale Bankinstitut der deutschen freien Gewerkschaften, hatte es im Jahre 1930 eher schwerer als leichter als andere Banken. Sie unterliegt voll dem Einfluß der Konjunkturschwankungen, kann dagegen die Vorteile von Krisen- und Depressionszeiten weniger nutzen. Der Rückgang der Beschäftigung, die Verringerung des Einkommens der arbeitenden Massen muß unmittelbar die Sparkraft der Einleger lähmen, von den durch die Krise freigesetzten Betriebskapitalien können nur die privaten Banken Vorteil ziehen, nicht aber die Arbeiterbank, und schließlich muß sich bei dem zentralen Bankinstitut der Gewerkschaften deren Befassung aus der Unterstützung der Gewerkschaftsmittglieder und aus dem Rückgang der Gewerkschaftseinnahmen in dem Gesamtstand der Einnahmen fühlbar machen. So waren die Voraussetzungen für die Entwicklung der Arbeiterbank im Jahre 1930 alles weniger als günstig. Dennoch kann die Arbeiterbank mit der überraschenden Tatsache aufwarten, daß der Einlagenbestand sich — wenn auch langsamer als bisher — doch weiter erhöht hat, und zwar von 163 auf 168 Millionen Mark. Die Werbekraft der Idee, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten die bei ihnen und ihren Organisationen vorhandenen Spargelder und Vermögen selbst und im eigenen Interesse verwalten und verwerten, hat sich von neuem, und zwar in einem außerordentlich ersten und schweren Krisenjahre bewährt. Was an Verlangsamung des Zuwachses und absoluter Senkung der Einlagen unermittelbar schien, wurde durch die Ausdehnung der Sparfähigkeit bei den einzelnen und durch die Vertiefung des Vertrauens in die Idee der Arbeiterbank bei der Gesamtheit weitgemacht. Der Vorstandsbericht gibt eine ausgezeichnete

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt im ganzen eine noch günstigere Entwicklung als die Bilanz. Die Gesamteinnahmen sind von 4,46 auf 5,37 Millionen Mark erhöht. Die Handlungsunkosten sind trotz erheblicher Ausdehnung des Bankapparates noch etwas langsamer, und zwar von 1,97 auf 2,28 Millionen gestiegen. Die Steuern zeigen eine starke Vermehrung von 0,37 auf 0,93 Millionen, da im Jahre 1930 zum erstenmal der volle Gewinn auf das auf 12 Millionen erhöhte Aktienkapital versteuert werden mußte. Beim Reingewinn wird eine Erhöhung von 2,11 auf 2,14 Millionen ausgewiesen; es dürfte aber feststehen, daß vorweg aus dem Rohgewinn noch Rückstellungen gemacht worden sind. Die Arbeiterbank hat sich entschlossen, nicht 10 Proz. wie früher, sondern nur 8 Proz. ihren gewerkschaftlichen Aktionären auszuschütten, weil man nicht weiß, was das laufende Jahr bringen kann und weil man die Reserven auch auf diese Weise stärken will. Die zehnprozentige Dividende wäre möglich gewesen, wie sich aus den gegenüber dem Vorjahr um 268 000 auf 377 000 erhöhten Gewinnvortrag ergibt. Die offenen Reserven werden weiter erheblich gestärkt. Sie betragen 2,5 Millionen Mark und werden für das Jahr 1931 3,3 Millionen oder erheblich mehr als ein Viertel des Aktienkapitals betragen.

In den laufend gewährten Krediten hat sich gegenüber dem Vorjahr eine interessante Verschiebung ergeben. Der Anteil der öffentlichen Kreditnehmer ist von 56,6 auf 39,3 Proz. gesunken, während sich der Anteil der Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft von 39,3 auf 53,8 Proz. erhöht hat. Das erklärt sich daraus, daß man einmal, insbesondere bei den Kommunalkrediten, eine gewisse Zurückhaltung üben konnte und daß sich weiter bei der Durchführung des Reichswohnungsbauprogramms erst gegen Jahreschluss die stärkste Inanspruchnahme ergab; das erklärt sich endlich aus dem Bestreben der Arbeiterbank, zur Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten und zur Förderung der Arbeitsbeschaffung die eigenen Betriebe der Arbeiterschaft in der Krisenzeit mit Vorzug zu behandeln.

Der Bankapparat wurde auch im vergangenen Jahr weiter ausgedehnt.

Die Zahlstellen in Hannover, München und Saarbrücken wurden zu Filialen gemacht, in Braunschweig, Essen, Köln, Pöding, Magdeburg und Stuttgart wurden weitere selbständige Zahlstellen errichtet, und im „Vorwärts“-Haus in der Lindenstraße wurde an Stelle einer früheren DD-Bank-Filiale eine Depositenkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. errichtet, eine nicht nur praktisch bedeutame Maßnahme, sondern auch ein Ereignis von einer gewissen symbolischen Kraft. Entsprechend der Umsatzsteigerung von 2787 auf 3363 Millionen Mark und entsprechend der Ausdehnung des Bankapparates hat sich die Zahl der Angestellten von 160 auf 215 erhöht. Die Arbeiterbank hat ab Mitte März 1931 für die Angestelltenchaft in ihrem gesamten Betriebe die 40-Stunden-Woche eingeführt. Im vergangenen Jahr hat die Arbeiterbank den Wohnungsbau noch stärker gefördert als bisher; rund 50 Millionen Mark wurden im Laufe des Jahres zur Zwischenfinanzierung von 10 522 Wohnungen verwandt.

Es darf damit gerechnet werden, daß das neue Geschäftsjahr trotz der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse zum mindesten nicht ungünstiger sein wird als das vergangene.

Die gestrige Generalversammlung

hat die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung einstimmig genehmigt und auch die Verteilung des Reingewinnes entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung gutgeheißen. Die Aufsichtsratsmitglieder Ahrens, Bartels, Bodert, Hufemann, Leipart, Marx und Rappaport wurden einstimmig wiedergewählt. Theodor Leipart, der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Siegfried Aufhäuser, der Führer des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, teilen weiter den Vorsitz im Aufsichtsrat der Arbeiterbank.

Analyse der kritischen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des vergangenen Jahres

und insbesondere der verheerenden Wirkungen der Reichstagswahlen vom 14. September auf das Wirtschaftsleben. Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse während des Sommers und erst recht das verhängnisvolle Ergebnis der Reichstagswahlen im Herbst erschütterten allgemein das Vertrauen in eine stetige Entwicklung Deutschlands derart, daß nicht nur keine neuen fremden Mittel der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt, daß vielmehr namhafte Auslandsguthaben abgezogen wurden und daneben eine recht beträchtliche Flucht heimischen Kapitals einsetzte. Die derart bewirkte Wertminderung mußte den Krisenablauf unheilvoll beeinflussen. Während in aller Regel eine Senkung der Zinssätze als Krisenfolge festzustellen sei, die ihrerseits wieder eine wirtschaftliche Belebung einleitet, seien in Deutschland trotz schärfster Auswirkungen der Krise die Zinssätze gestiegen. Die Reichsbank sah sich im Oktober gezwungen, ihren Diskont von 4 auf 5 Proz. zu erhöhen.

In der Politik der deutschen Unternehmer im vergangenen Jahr und an den unzulänglichen Versuchen des Staates, die Krisenwirkungen zu bekämpfen, wird scharf und nur in der Form maßvolle Kritik geübt. Die private Wirtschaft habe alles Heil nur in ihrer eigenen Entlastung gesehen. „Ihr genügt nicht der starke, in der Zunahme der Arbeitslosigkeit sich aussprechende Abbau von Arbeitskräften, sie fordert vielmehr neben der Senkung aller öffentlichen Abgaben, sowohl der steuerlichen wie der Sozialversicherungsbeiträge, einen scharfen Lohnabbau, den sie auch zum großen Teil bereits durchgeführt hat.“ Ein solches Vorgehen habe einleitend der Arbeiterschaft alle Folgen überbürdet, die sich aus Ueberfremdung und Ueberinvestition ergeben, obwohl die Arbeiterschaft, da sie von der Wirtschaftsentlastung ausgeschlossen ist, für die Fehler der Unternehmer nicht verantwortlich ist. Ein solches Vorgehen lasse auch völlig den in einer Stärkung der Konsumkraft liegenden Heilfaktor außer acht.

„Der Staat hat denn auch“, so heißt es weiter, „obwohl er den Lohnabbaubestrebungen sich nicht entgegenstellte, sie vielmehr förderte, diesem Gesichtspunkt dadurch Rechnung zu tragen versucht, daß er sich für eine Verbilligung der Preise einsetzte. Dabei wiederum stieß er vor allem auf die durch seine eigenen zur Sonderführung der Landwirtschaft ergriffenen Maßnahmen aufgerichteten Hindernisse. Aber auch im übrigen ist das Ergebnis seiner Bestrebungen mager; vor allem da, wo die Preisbestimmung dem Einfluß kartellmäßig verbundener Wirtschaftskreise unterliegt, ist ihnen der Erfolg fast ganz versagt geblieben.“ Es wird mit Nachdruck auf die Forderungen des A. D. G. B. hingewiesen, die sich gegen den einseitigen Lohnabbau und für die generelle Einführung der 40-Stunden-Woche einsetzte, und es wird bedauert, daß der Staat sich bisher nicht entschlossen hat, seine Machtmittel für die Verwirklichung dieser Vorschläge einzusetzen.

Bilanz und Gewinnrechnung.

Neben der schon genannten Steigerung der Einlagen von 163,2 auf 167,9 Millionen Mark hat sich der Anteil der eigentlichen Spargelder an den Gesamteinnahmen weiterhin vergrößert. Von diesen 168 Millionen waren Ende 1930 rund 65 Millionen unmittelbar in Bankguthaben und Kasse flüssig gehalten; gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine nur sehr geringfügig und weniger als bei den privaten Banken verringerte Liquidität. Die laufend gewährten Kredite sind von 95,5 auf 99,7 Millionen Mark erhöht. In Wertpapieren waren 11,6 gegen 9,4 Millionen Mark im Vorjahre angelegt; wobei die Bewertung unter den Kursen von Ende 1930 liegt, so daß in diesem Posten erhebliche stille Reserven liegen. Beträge aus noch nicht weiter verkauften Anleihebeteiligungen (Konfunktionalbeteiligungen) waren von 3,7 auf 4,4 Millionen erhöht, dauernde Beteiligungen bei anderen Bankfirmen (besonders hannoversche Bodenkreditbank, Preussische Zentralgenossenschaftskasse, Heimbank) waren durch Abschreibungen von 4,2 auf 4,1 Millionen verringert. Die Bilanzsumme ist von 178,9 auf 184,6 Millionen Mark gestiegen.

Arbeitslose Werften.

Fast 40 prozentiger Auftragsrückgang im Weltschiffbau.

Die im Bau befindliche Welttonnage hat nach Monats-Schiffbauregister Ende März 1931 einen weiteren scharfen Rückgang erfahren. Sie ist gegen März 1930 um rund 38 Proz. von 3,27 auf 2 Mill. Tonnen zurück, während Ende Dezember 1930 noch 2,33 Mill. Tonnen im Bau waren.

Der Anteil Großbritanniens am Weltschiffbau, der 1913 über 37 Proz. und im Vorjahr noch 43,3 Proz. betrug, ist jetzt bis auf 24,7 Proz. gesunken. Der englische Schiffbaubestand ist seit dem März 1930 um 921 000 auf 694 000 Tonnen gesunken, eine Abnahme wie sie in einem derartigen Umfang in der Geschichte der englischen Werften bisher nur einmal zu verzeichnen war. Fast unbeeinträchtigt ist die Schiffbautätigkeit in den Vereinigten Staaten mit 231 000 Tonnen geblieben. Die deutschen Werften wären nahezu gänzlich ohne Arbeit, wenn sie nicht größere Aufträge für Tankschiffe auszuführen hätten. Von einem Gesamt-auftragsbestand von 136 000 Tonnen (Ende Dezember 1930 noch 218 000 Tonnen) entfielen 105 000 Tonnen auf Tankschiffe.

Finanzierung von Reichsbahnbauten.

Eine Auslandsanleihe Württembergs.

Durch Vermittlung der Württembergischen Rotenbank hat das Finanzministerium Württembergs mit einer Schweizer Bankengruppe eine Anleihe in Höhe von 25 Mill. Schweizer Franken abgeschlossen. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 25 Jahren und ist mit 6½ Proz. zu verzinsen. Der Ausgabekurs stellt sich auf 96,50 Proz.

Der Erlös ist vertragsgemäß für den zweigleisigen Ausbau der württembergischen Nord-Südtrasse der Deutschen Reichsbahn bestimmt, zu welchem Zweck Württemberg der Deutschen Reichsbahn ein Darlehen in Höhe von 25 Millionen Mark gewährt hat. Dieser neue Streckenausbau der Reichsbahn hängt mit dem zünftigen Arbeitsprogramm zusammen, an dessen Finanzierung sich auch die vom Reich gegründete Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten maßgeblich beteiligt hat.

Siegerländer Erzbergbau.

Neue Subventionswünsche an den Staat.

Der Jahresbericht des Siegerländer Eisenstein-Bereins für 1930 läßt einen Rückgang der Erzförderung um 11,2 Proz. im letzten Jahr erkennen. Gegenüber einer Verringerung der Rohgefahnerzeugung in den Hochofenbetrieben um 27,2 Proz. im letzten Jahr haben also die Erzbergwerke im Siegerland noch verhältnismäßig gut abgeschnitten. Das hat aber nicht gehindert, die Belegschaft um nahezu 30 Proz. von 8680 auf 6218 Mann abzubauen. Es zeigt sich also, daß die Förderleistungen je Mann und Schicht in den Siegerländer Erzbergwerken auch im vergangenen Jahr sich weiter erhöht haben.

Im übrigen enthält der Jahresbericht neue zusätzliche Subventionswünsche der Bergwerke. Die vom Reich und von Preußen gegebenen Beihilfen für jede gefördert Tonne Eisenerz werden für nicht ausreichend erklärt, und es wird gefordert, daß „die übermäßig herausgeschraubten Selbstkosten auf ein tragbares Maß gesetzt werden“. Diese Forderung wird ge-

stellt, nachdem schon im Januar trotz der Leistungssteigerungen der Bergarbeiter ein starker Lohnabbau erfolgt ist. Schon der kürzlich veröffentlichte Jahresbericht der Eisenwerke Buderus in Weimar, des führenden Siegerländer Unternehmens, ließ erkennen, was mit diesen neuen Forderungen des Erzbergbaues gemeint ist. Man will darauf hinaus, daß der Staat durch eine Heraushebung der Beihilfen für einen Teil der Sozialabgaben der Unternehmen gerade steht.

Wenn die Subventionen für das Siegerland, das alleinige Erzförderungsgebiet Deutschlands, auch nicht mit dem allgemeinen Subventionsmaßstab zu messen sind, so kann heute von einer zusätzlichen Subventionierung dieses Gebietes nicht mehr die Rede sein. An den dortigen Bergwerken sind die großen Montankonzerne an der Ruhr wie der Stahlruhr und die Gute-Hofmann-Hütte maßgeblich beteiligt. Reichen die staatlichen Beihilfen nicht aus, um die Erzbergwerke rentabel zu halten, so wäre es die Pflicht der rheinisch-westfälischen Montankonzerne, diese Zuschüsse zur Erhaltung ihrer Rohstoffbasis von sich aus zu leisten.

36 Millionen Automobile in der Welt.

Nach einer Zusammenstellung der führenden amerikanischen Kraftwagenzeitschrift „Automotive Industries“ gab es zu Beginn des Jahres 1931 in der Welt 35,8 Millionen Kraftfahrzeuge, davon 30,0 Millionen Personenwagen, 5,5 Millionen Lastkraftwagen, 2,8 Millionen Motorräder und 269 000 Autobusse. Relativ am stärksten haben im vergangenen Jahr die Kraftwagen zugenommen, nämlich um rund 300 000, ein Zeichen der infolge der Krise allgemein verminderten Kaufkraft in der Welt.

Von der Gesamtzahl entfallen 26,7 Millionen auf die Vereinigten Staaten gegenüber 26,6 Millionen zu Beginn des Jahres 1930. Der Kraftwagenzuwachs in den Vereinigten Staaten ist also wesentlich geringer gewesen als in der übrigen Welt. Da in den Vereinigten Staaten rund 3,5 Millionen Kraftwagen und Motorräder im vergangenen Jahr hergestellt worden sind, so wurde, wie man aus diesen Zahlen schließen muß, der größte Teil der neuen Produktion zum Ersatz alter Fahrzeuge verwendet.

Der europäische Kraftfahrzeugbestand hat sich von 4,8 auf fast 5,3 Millionen vermehrt, was einen Zuwachs von knapp 10 Proz. bedeutet gegenüber nur 0,5 Proz. in den Vereinigten Staaten. Der Anteil der Motorräder ist im allgemeinen um so stärker, je geringer die Kaufkraft der Bevölkerung ist. Am stärksten ist er in Deutschland, wo 659 000 Kraftwagen 731 000 Motorrädern gegenüberstehen.

Hohe Maschinendividenden.

Die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen A.-G., der führende Konzern in der deutschen Kältemaschinenindustrie, erzielte im Jahre 1930 einen Reingewinn, der sich mit 3,19 Millionen Mark auf der Höhe des Vorjahres hält. Es wird wieder die hohe Dividende von 15 Prozent verteilt. Dieser Abschluß dürfte nach der schweren Krise im Maschinenbau wohl einzig dastehen, allerdings spricht bei dem Kältemaschinen-Konzern kein Besitz an hochwertigen Patenten und Lizenzen mit, die ihm unabhängig von der Konjunktur laufend große Einnahmen verschaffen.

Auch die Armaturen- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. V. Hilpert in Nürnberg kann aus einem Reingewinn von 162 700 M. wieder die gleich hohe Dividende von 7 Proz. auszahlen.



Max Barthel: Treffpunkt im Süden

„Natürlich sind sie das,“ sagte meine Frau und zeigte auf eine Kette von Menschen, die sich träge in der Sonne und am See dahinschliefen. „aber klar sind sie das: sie haben ja das Abzeichen!“
Ja, sie waren es. Ich stürzte los und sprach mit einem Mann, der die Jacke mit Eleganz eines spanischen Granden oder Stierkämpfers über der Achsel trug.
„Buon giorno, guten Tag,“ sagte ich, „sagen Sie mal, sind Sie vielleicht?“
Der Mann nickte und antwortete:
„Ja, wir sind es. Und da vorn geht unser Führer.“

Der Führer war ein Bekannter aus Berlin. Wir schüttelten uns die Hände und machten für den nächsten Morgen einen Treffpunkt oben am Bahnhof in Lugano aus. Wir wollten uns Tessereate ansehen. Lugano lag satt und träge in der Sonne. Auf dem blauen See war viel Betrieb. Im Volksgarten gab es phantastisch hohe Tulpenbäume in letzter Blütenpracht, auf der Promenade spazierten die Fremden mit und ohne Abzeichen, die lässigen Feigen reiften und die Palmen bemühten sich, stolz und feierlich auszusehen.

Am nächsten Morgen erwarteten wir unsere Genossen aus Deutschland. In der allerletzten Minute leuchtete der Führer heran und brachte eines von jenen unglücklichen Wesen mit, die immer zu spät kommen und die beleidigt sind, wenn man vom Tempo der Zeit spricht.

Der Bahnbeamte verstand kein Deutsch, der Führer kein Italienisch, aber die Verständigung war trotzdem gut. Der Extrawagen war schon bestellt und brachte die Kolonne nach den Bergen. Wir kamen an Kastanienwäldern und Weinhängen vorbei, im dunklen Grün der Täler lagen kleine Dörfer, Lugano blieb unten am See sauern, die Lüfte wurden freier und höher, die Berge naher und herrlicher. Bald war Tessereate erreicht.

Zuerst besuchten wir das schöne, kultivierte Ferienhaus, das immer mehr auch unter den deutschen Arbeiterreisenden bekannt wird. Von dort aus wurden viele Anfahrtskarten in die Welt gesandt, und nun teilte sich die Kolonne in zwei feindliche Haufen. Der eine wollte das historische Kloster besuchen und der andere die Arbeiterbewegung des kleinen Dorfes studieren. Das Studium lohnte sich. Der Wirt, bei dem man zuerst unterluchen wollte, war nicht zu Hause, aber seinen Wein hatte er doheim gelassen, der Käse schmeckte gut und die Salami war ausgezeichnet.

Das Studium begann, und schließlich wurden einige Teilnehmer dieser Gruppe immer fröhlicher: immer weitmännlicher, immer beschwingter. Sie sahen nur noch mit Hohn auf jene Freunde, die sich für das Kloster entschieden hatten. Und ein Teilnehmer erklärte:

„Mensch, so doof! Ide um Kloster! Gud mir mal in die Pupille! Da siehste Klarheit! Hallo, Frau Landarabel, bringen Sie noch eine Flasche von dem Roten!“

Die Genossin, die den Wein brachte, hieß natürlich nicht Landarabel. Sie lächelte nur, denn sie kannte den reinen Wein. Und dann triumphierte die Tugend über dem Eifer: der Mann, der nicht mit ins Kloster gehen wollte, bekam das graue Elend und lebte eine halbe Stunde in dem Bohn, das Opfer politischer Überzeugung zu sein, da er ja die sozialen Verhältnisse des kleinen Bergnestes hatte studieren wollen.

Wir trösteten ihn und führten ihn möglichst im Schatten durch das Dorf, durch eine romantische Schlucht und dort verführte sich endlich sein Schädel. Dann gingen wir nach dem schönen Heim und fuhren mit den Klosterbrüdern und den Klosterfrauen nach Lugano hinunter.

Auf der Talfahrt interessierte sich eine Thüringer Genossin lebhaft für die Botanik der Umgebung. Als alter Lippelbruder konnte ich ihr erschöpfende Auskunft geben und ließ auf alten Delbäumen süße Feigen, auf grünem Lorbeer ausgezeichnete Datteln und auf den mächtigen Bananenstäuden echte Havannazigarren wachsen. Sie glaubte alles und fragte nach „Apfelsinen“. Ich versprach ihr in Locarno ganze Orangenhaine und Zitronenabgänge. Sie wurde ganz ruhig und sagte:

„Ach, so is das! Ganze Abgänge voll! Na, ich habbs mir doch

glet gedacht, daß es hier welche giebt, die müssen doch hier unten wachsen wie bei uns derheeme die Gardoffin!“

Meine Frau und ich waren als Einzelgänger in die Schweiz gekommen, und nun trieben wir in einem Mahlstrom gleichgesinnter, lustiger Menschen dahin. Es gab kein Entrinnen, und warum sollten wir mit den Kameraden nicht noch einen Tag nach Locarno hinüberfahren? Was meinst du, Ufa? Sie meinte selbstverständlich auch, und da sind wir am selben Tag mit nach Locarno gefahren. Mit der Eisenbahn. In einem knäppelicken luftigen Eisenbahnwagen. Wir waren lustig, der Waggon war voll.

Adio, addio, Augener See, der auf der schweizerischen Seite wirklich fröhlich und auf der italienischen Seite wirklich melancholisch ist. Das hatten wir auf einer Rundfahrt mit eigenen Augen gesehen. Und bald hieß es: Buon giorno Tag maggiore! Eigentlich hätten wir: Bona sera, guten Abend sagen sollen, denn es war trüber Abend, als wir in Locarno ankamen.

Am Bahnhof wurde die Kolonne noch einmal in zwei Haufen geteilt. Die eine Rote kam in ein Berghotel, die andere Rote in ein Hotel am Wasser. Die Seebadisten glaubten zuerst, das schönste Haus erwählt zu haben, aber die Berechtigte siegte, die gute Sache triumphierte, wir hatten das schönste Hotel bekommen. Unsere Zimmer zum Beispiel waren so sauber, daß wir hochmütig wurden und zu uns selbst eigenhändig „Sie“ sagten.

Man kann aber nicht immer „Sie“ zu sich sagen, das wird bald langweilig. In diesem Abend wurde es nicht langweilig. Erstens raffelte und prasselte ein Donnerwetter von den Bergen und versackte im See, zweitens bummelten kleine Trupps oder Einzelgänger durch die schöne Stadt und beschupperden die Spuren großer Historie, und drittens trogte die junge Garde und die alte Mannschaft allen Stürmen und Schauern: die Bergleute stiegen in die Tiefe zu den Wasserleuten, und alles versammelten sich zu Schnitz und Schnitz zu Klid und Klid da unten in dem Hotel am See.

Der Führer sprach kein Italienisch, aber dafür sprach er ein ausgezeichnetes Deutsch und unterhielt durch Vers und Prosa seine getreue Rote. Musik erheiterte auch hier die Herzen und gegen Mitternacht stiegen die Bergleute nach ihrer feudalen Ponne, und am nächsten Tag ging es mit dem Schiff nach dem letzten Schweizer Dorf, nach Brissago.

Brissago ist durch seine Rigarren berühmt, durch die schwarzen Stimmstengel mit der kirchbühlweißen Spitze. Wir kletterten auf die Berge und besuchten unsere Freunde, die Eisenbahner, die hier auf der Sonnenseite ihrer Republik ein wunderbares Erholungsheim für ihre Mitglieder errichtet haben. Dem Heim ist ein großartiger Garten angegliedert. Die kleine Thüringerin, die für Boianik schwärmte, machte ganz große Augen und noch größere Ohren, als uns der Genosse Gärtner erklärend durch sein Rauberreich führte.

Dann begann es zu regnen, der See verschleierte sich, aber die meisten Kameraden nahmen jene Gasse als lustiges Abenteuer hin. Sie waren aus den Fabriken und Kontoren gekommen und fanden den Regen am Tag maggiore viel schöner als die Sonne hinter den Schreibmaschinen oder Fabrikmauern. Nachend tappen wir in die Tiefe und stellten uns mit Begehren vor einer Villa am See auf, in deren Garten es genug Apfelsinen und Zitronen zu sehen gab. Sie leuchteten gelb und orange durch das grüne, saute Laub. Das Schiff kam von Italien her, und der ewige Rahnstücker der Horde schaute immer noch Klid schrie durcheinander, und das Thüringische Fräulein starrte auf die Orangen und sagte enttäuscht:

„Ach, so is das ach, so wachsen die! Ich dachte, die wachsen wie bei uns derheeme die Gardoffin!“

Endlich, endlich, endlich leuchtete der ewige Nachzügler heran, wir bestiegen das Schiff und fuhren nach Locarno. Der Genosse Führer glaubte, etwas für die deutsche Literatur tun zu müssen: er ließ mich hochsitzen. Ich antwortete kurz und versprach furchtbare Rache. Ich versprach, einen Bericht von der Begegnung zu schreiben. Hier ist er. Und es war noch viel, viel schöner und lustiger, als ich es geschildert habe. Von Locarno fuhren die Freunde nach Interlaken, wir kutschierten nach dem Gotthard und besahen uns dann den Rhonegletscher.

Die angebohrte Hölle

Die als Desinfektionsmittel und zur Herstellung von Borax in der Tonwaren- und Hüttenindustrie sowie in den chemischen Gewerben vielfach verwendete Borsäure kommt hauptsächlich in Dämpfen vor, die dem Boden entströmen. Diese Dämpfe, Soffioni genannt, finden sich in Kalifornien und in Toscana. Sie brechen von selbst aus dem Boden heraus oder man bahnt ihnen künstlich einen Weg durch Bohrungen. Wie man aber beim Fragen mehr Antwort bekommen kann als einem lieb ist, so kann auch beim Bohren mehr jutage kommen als man händigen und verwerten kann. In Barderello in der Provinz Livorno hat man in zwei-monatiger Arbeit die Sonde durch hartes Serpentinegestein bis zu 360 Meter Tiefe getrieben und hat damit einem Soffione den Weg gebahnt, bei dem einem buchstäblich Hören und Sehen vergeht, vor allem aber das Hören.

Hubert Franz Höfer, der Apotheker des Großherzogs von Toscana, entdeckte im Jahre 1777 in den Soffionen die schon 1702 von Homberg aus Borax abgegebene Borsäure, die ihr erster Entdecker „Sedativsalz“ genannt hatte. Es wurde im Jahre 1815 die erste Fabrik zur Gewinnung von Borsäure angelegt, aber rentabel wurde der Betrieb erst, seit Barderello im Jahre 1828 auf den Gedanken kam, die Wärme der Soffionen zum Abdampfen und Trocknen zu verwenden. Zehn Jahre später lehrten Caggiari und Montori, daß man sich nicht mit den von selbst hervordringenden Dämpfen begnügen, sondern systematische Bohrungen vornehmen solle. Seit 1913 gewinnt man aus den Soffionen auch elektrische Kraft, zunächst ergab der von dem Senator Binori Conti gemachte Versuch 250 Kilowatt, heute werden insgesamt 7000 Kilowatt gewonnen. Mit dem jetzt angebohrten Höllenschlund hofft man, diese Produktion mit einem Schloge zu verdoppeln.

Zwischen Volterra und Massamaritima in Toscana zieht sich ein etwa 20 Kilometer langer Landstrich hin, in dem an vielen Punkten aus Spalten und Rissen des Bodens heiße Dämpfe aufsteigen oder heiße Schlammmassen emporgeschleudert werden. Diese Soffioni verändern ihren Ort und vermischen sich die Vegetation. Sie bestehen aus Wasserdampf, viel Kohlenäure und Stickstoff, geringen Mengen Sauerstoff und Schwefelwasserstoff, und geben bei Verdichtung eine Flüssigkeit, die 0,1 Proz. Borsäure, daneben Schwefelverbindungen, Ammoniak und Kohlenäure enthält. In Barderello ist nun am 2. April eine Sonde auf eine in undurchdringbare Steinlager eingeschlossene Dampfanstammung gestochen, die mit wahrhaft höllischer Gewalt den ihr gebotenen Weg nach oben gesucht hat. Das Brüllen und Tosen wurde im Umkreis von 50 Kilometer deutlich vernommen. Der außerordentlich schwere, über 20 Meter hohe Bohrturm hat dem Ausbruch standgehalten, aber über ihn ist die Dampf-säule über 250 Meter hochgefliegen. Während sonst der Paroxysmus beim Anbohren eines neuen „Sogers“ nur wenige Stunden zu dauern pflegt, brüllt und spuckt es diesmal mit unverminderter Kraft seit zwei Tagen aus dem Bohrloch. Der Dampf hat einen Druck von 3 Atmosphären, eine Temperatur von 165 Grad Celsius und die austretende Menge beträgt 200 000 Kilogramm pro Stunde. Noch nie hat eine Erdbohrung im Gebiete der Soffioni ein ähnliches Resultat ergeben. Die Bevölkerung befindet sich in einer schrecklichen Lage. Der Lärm — ein wahrer Höllenlärm — macht jede Verständigung durch Laute unmöglich. Die Schulen und Kiemer mühen geschloffen werden. In den Läden reicht der Verkäufer dem Kunden Papier und Meißel, auf dem Werte verständigen sich Arbeiter und Ingenieure nur schriftlich. Obwohl mit dichtverbundenen Ohren gearbeitet wird, müssen die Arbeiter sehr oft abgelöst werden, weil das Getöse wahnwitzig macht. Ein Journalist sagt, daß der Lärm nur mit dem Trommelfeuer der Artillerie in Gebirgsjälern zu vergleichen ist, wo die Felswände den Ton hundertfach zurückwerfen. Man vernimmt die Klänge der Glocken nicht, selbst wenn man unter dem Kirchturm steht. Schließlich interessiert einen nur noch die einzige Frage: wann komme ich heraus aus diesem erschrecklichen donnernden Tosen. Hört dies hervorquellen aus den Eingeweiden der Erde nicht bald auf, so wird man die Driftschichten Barderello und Pamarance räumen müssen, da es den Menschen fast unmöglich ist, zu schlafen.

Und wie wird sich unsere alte Erde dazu verhalten, wenn man aus ihrem Innern auf längere Zeit 2½ Millionen Kilogramm Dampf am Tage entweichen läßt?

Marx' Brief an seinen Vater

Ein wichtiger Fund der Marx-Forschung

Der für die Marx-Forschung außerordentlich bedeutsame Brief von Karl Marx an seinen Vater vom 10. November 1837 aus Berlin ist erstmalig von Eleanor Marx-Wieling im Jahrgang 16, Band 1 (1897—1898) der „Neuer Zeit“ veröffentlicht worden. Seitdem galt das Original dieses Briefes, der für die geistige Entwicklungsgeschichte des jungen Marx von grundlegender Wichtigkeit ist, als unauffindbar.

Nach im Jahre 1929 schrieb Rajanow in Band I, 2 der Moskauer Marx-Engels-Gesamtausgabe S. XLIII: „Noch die heute fehlt das Manuskript des großen Briefes von Marx an seinen Vater. Dieser Brief ist um so mehr zu bedauern, als der von Eleanor Marx-Wieling besorgte Abdruck in der „Neuer Zeit“ nicht einwandfrei ist. Offensbare Fehler, besonders in der Schreibung der Namen, konnten wir richtigstellen; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich dort auch andere, nicht so leicht bemerkbare Fehler eingeschlichen haben.“

Dieser Brief ist nunmehr unter den Papieren aus dem Nachlaß von Marx bei Eduard Bernstein aufgefunden worden. Die Entzifferung von Eleanor Marx-Wieling weicht jedoch nur an ganz unbedeutenden Stellen von dem gut erhaltenen Original ab. J. P. Mayer.

Die Löwen passen sich der Jollifikation an. Die Löwen im Ostlichen Transvaal sind heute schon so weit heruntergekommen, daß sie sich auf den Hünerdiebstahl legen. Diese überraschende Mitteilung liefert man in dem Bericht, den dieser Tage der Oberwärter des „Krüger Nationalparks“ seiner vorgelegten Dienststelle erstattet hat. „Weißliche Löwen, besonders die kleinen Löwen“, so heißt es darin, „überklettern die Umriedung der Höle, drängen in die Hünerhöle ein und schleppen eine Menge Geflügel fort. Erst kürzlich erlegte ein Wärter ein Löwenboby, das eine Henne zwischen den Nähen hatte“. Ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß sich die Löwen der Jollifikation anpassen, erbringt die Wahrnehmung, daß die Bestien den Automobilitäten gegenüber große Meistertätigkeit an den Tag legen. Viele Wagenlenker wissen zu erzählen, daß sich die Löwen, die sie auf der Landstraße trafen, nur widerwillig dazu beugten, den Weg frei zu geben. Der Oberwärter, der sich von der Wahrheit dieser Angaben selbst überzeugen wollte, konnte feststellen, daß sich die Löwen in der Tat nur langsam von der Straße entfernten, und zwar erst in dem Augenblick, wenn sie Befehl sahen, von den Nädern erlegt zu werden. Steigt über der Wagenlenker aus, oder tut nur so, als wolle er den Wagen verlassen, so suchen die Löwen, so rasch sie ihre Füße tragen können, das Belte.“

Zu Shakespeares Zeiten begann eine Theatervorstellung um drei Uhr nachmittags. Dann wurde eine bunte Seitenfabne auf dem Theater gehißt und Trompeter verkündeten den Beginn der Vorstellung. In den oberen Gallerien wurde Bier getrunken und Karten gespielt, während die Besucher der Ränge und des Parterres elegant gekleidet waren und häufig farbige Masken trugen.

Natalija Alexandrowna Teffi:

Der schönste Tag einer Choristin

Warenka, Choristin an einer Opernbühne, erwachte unausgeschlafen und dennoch gut gelaunt.

Sie war nicht zum Aufstehen gekommen, weil sie die halbe Nacht hindurch ihren neuen Hut ausprobieren mußte, einen blauen, mit blauem Vogel, einem richtigen blauen Glucksvogel.

Die frohe Laune dankte sie dem Dichter Sineus Trumoroff, seinem Versprechen, sie heute zu einer Ausfahrt abzuholen.

Der Dichter war sehr interessant. Verse hatte er noch nicht verbrochen, indessen schon ein Pseudonym gewählt, unter dem er sie herausgeben will.

Warenka kleidete sich rasch an, griff wieder nach dem Hut und begann, ihn von neuem auszuprobieren.

„Bezaubernd! Besonders so im Profil...“

„O, eine Frau mit solchem Hut kann sich vieles herausnehmen, woran man in einfacher Würde gar nicht zu denken wagt; sie darf schelmisch, launisch, verträumt oder hochmütig sein, — alles steht ihr gut.“

Um den Gegenstand herauszufahren, langte Warenka nach der alten ausgedienten schwarzen Mütze und setzte abwechselnd bald sie, bald das neue Wunderwerk auf ihr Haupt. Hektete den Schleiher an und prüfte den Unterschied der Wirkung bei gleichem Gesichtsausdruck. Wie fade und kläglich fand sie sich in der schwarzen Mütze, wie ausgesprochen schön unter den Schwingen des blauen Glucksvogels.

Ein Wäuten, eine bekannte Stimme bewogen sie, in das Wohnzimmer zu eilen.

Dort stand der Dichter ohne Verse, der sie lächelnd und mit begeistertem Blick empfing.

„Wollen wir gleich fahren, der Kutscher wartet.“

Warenka mochte noch einmal in ihr Zimmer zurück, um einen letzten Blick in den Spiegel zu werfen. Trumoroff ließ ihr keine Zeit dazu, half ihr in den Mantel und drängte zum Ausgang.

„Sie sehen heute so besonders aus“, flüsterte er, ihren Arm an sich pressend. „Ich weiß nicht warum, kann Sie gar nicht genug betrachten.“

„Ich weiß es schon“, dachte Warenka, „mein neuer Hut.“ Sie sprach es nicht aus. „Mag er doch denken, daß ich für mich allein hübsch bin.“

So lächelte sie nur, ihn mit einem schelmischen Seitenblick streifend. Fester drückte er ihren Arm in den seinen.

Wie schön war es auf der Straße. Wohl noch es nach Schimmel und Regen. Dafür leuchtete aus ihrem Kranz von kleinen Edel-

chen die liebe Sonne, die allen Feldern und Wiesen der Welt, der ganzen bummelnden Erde ihre Strahlen sendet.

„Wie sind Sie heute schön!“ äußerte der Dichter in freudiger Erregung. „Ganz ausgetauscht!“

Sie war es in der Tat. Das Bewußtsein, prächtig gekleidet zu sein, stimmte sie mutig und heiter.

„Ach, wäre man reich, könnte man sich jeden Tag einen neuen Hut leisten und immer hübsch erscheinen!“

„Gefällt Ihnen mein Hut?“ Sie konnte sich diese Frage schließlich nicht mehr versagen.

Er blühte sie zerstreut an.

„Sehr.“

„Sie lieben diese blaue Farbe?“

„Die blaue? Ja, aber er ist doch dunkel, beinahe schwarz.“ Warenka schmunzelte.

„Wie sich die Männer schlecht auf Farben verstehen! Sogar die Dichter! Ach ja, die Dichter.“

Auf der Treppe zu ihrer Wohnung verabschiedete sich Warenka. Trumoroff mußte eilen. Aber nach einigen Stufen Abstieg kehrte er plötzlich wieder um, ging auf Warenka zu und küßte sie auf den Mund.

Dann hing sie am Geländer und schaute ihrem Verehrer nach, verließ, mit hellen Augen, glückselig, wie man nur schauen kann, wenn man einen Hut mit einem Glucksvogel auf der Kruppe trägt.

Ein Mädchen trällernd, trat Warenka in ihr Zimmer.

„Ach, wäre man reich und könnte jeden Tag...“

Ihr Schritt stockte, sie riß den Mund auf, erstaunt, fast erschrocken — auf dem Tische lag ihr Hut, neben dem Karion, der neue blaue Hut mit dem blauen Band und dem Glucksvogel.

Sie stürzte zum Spiegel.

Wahrhaftig! Auf ihrem Haupte saß die alte schwarze Mütze. Als sie bald den alten, bald den neuen Hut aufsetzte, um sie miteinander zu vergleichen, und nun der Dichter kam, hatte sie in der Aufregung ganz vergessen, daß sie gerade mit der alten Mütze gekleidet war; in ihr machte sie den Ausflug mit.

„Wo, ich selbst habe ihm gefallen, nicht der Hut. Wie seltsam! Warum denn bin ich ihm heute so hübsch erschienen?“

Warenka setzte sich auf ihr Bett und dachte nach. Tränen der Nührung drangen in ihre Augen. Die Liebe zu ihrem Dichter wuchs.

(Autorisierte Übersetzung aus dem Russischen.)